

# BUNDESFRAUEN- KONFERENZ 2010

## DER GREEN NEW DEAL – EIN GUTER DEAL FÜR FRAUEN!

Dokumentation der Frauenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
am 17. und 18. April 2010 in Bonn



[www.gruene.de](http://www.gruene.de)

**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN** 



*Grünes Wirtschaften - sozial und gerecht: Diskussion mit Ariane Durian, Renate Künast, Astrid Rothe-Beinlich, Annelie Buntenbach und Sibylle Stauch-Eckmann. (v.l.n.r.)*



*Bildung macht mehr möglich: Podium mit Sylvia Löhrmann, Steffi Lemke, Julia Karnick, Verena Schäffer (v.l.n.r.)*

## IMPRESSUM

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Astrid Rothe-Beinlich,

Mitglied des Bundesvorstandes und frauenpolitische Sprecherin

Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

V.i.S.d.P.: Claudia Schlenker, Bundesfrauenreferentin

Redaktion: Sunna Krause-Leipoldt

[www.gruene-frauenkonferenz.de](http://www.gruene-frauenkonferenz.de)

Satz & Layout: KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin

## Inhalt

- 4 Vorbemerkung**
- 7 Panel I: Grünes Wirtschaften – sozial und gerecht**
- 11 Workshops I**
- 11 Ist das Alleinernährermodell am Ende?**
- 14 Unternehmensgründungen als Chance – auch für Migrantinnen?**
- 16 Alles für die Quote: Kann ein neues Frauenbild MIT den Medien durchgesetzt werden?**
- 18 Vielfältigkeit der Familienformen – das Zusammenleben mit Kindern rechtlich neu gestalten?**
- 22 Neue Jobs in neuen Branchen – auch für Frauen**
- 24 Panel II: Bildung macht mehr möglich**
- 28 Panel III: Green New Deal: Was ist uns (Frauen) Arbeit wert?**
- 32 Workshops II**
- 32 Der Green New Deal in EINER Welt**
- 35 Zeitpolitik als Voraussetzung ‚guter Arbeit‘**
- 38 An die Zukunft denken: eigenständige Alterssicherung von Frauen**
- 41 Gehören wir auch dazu? Migrantinnen in Pflegeberufen**
- 43 Wie entsteht Solidarität?**
- 44 Mit Familie arm dran?**
- 47 Abschlusserklärung:  
Der Green New Deal – Ein guter Deal für Frauen**

**Grüner Aufbruch für mehr Geschlechtergerechtigkeit –  
Bundesfrauenkonferenz von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN 2010**

**Der Green New Deal – ein guter Deal für Frauen!**

**Liebe Freundinnen und Freunde,  
Liebe Leserinnen und Leser,**

Wir Bündnisgrünen haben mit dem Green New Deal einen Anstoß geliefert, wie aus unserer Sicht die Weichen in der Wirtschafts- und Energiepolitik, in der Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik zu stellen sind. Aber das ist noch nicht alles. Wir verbinden mit dem Green New Deal immer auch eine Politik für gerechte Chancen, mehr Teilhabe und echte Geschlechtergerechtigkeit.

Deshalb haben wir nicht zuletzt mit unserem Neuen Grünen Gesellschaftsvertrag im letzten Bundestagswahlkampf deutlich gemacht: 1 Million neue Jobs heißt: mindestens eine halbe Million existenzsichernder neuer Jobs für Frauen! Nicht nur die Erneuerbaren Energien sind ein Jobmotor, der auch Frauen berücksichtigen muss, sondern auch die Care-Ökonomie, das Bildungswesen und der Gesundheitssektor sind unverzichtbar und brauchen nachhaltige Investitionen in die Zukunft.

Nach wie vor stellt die Lohnungleichheit eine tiefgreifende Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft dar. Sie ist ein Skandal – der jedoch scheinbar ohne Konsequenzen bleibt. In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt nach wie vor 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Dieser Lohnunterschied steht symptomatisch für den Zustand der Gleichstellungspolitik in Deutschland. Die Ursachen hierfür sind bekannt. Frauen arbeiten öfters in Teilzeit und in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Die Berufe in denen sie arbeiten, sind häufig gesellschaftlich weniger anerkannt, als typische »Männerberufe«, weshalb sie oft schlechter bezahlt werden. Frauen übernehmen zudem nach wie vor den Großteil der Arbeit im Haushalt und ihnen wird häufig ganz selbstverständlich die Pflege von Angehörigen und die Erziehung der Kinder überlassen. Die Vereinbarkeit von Kind und Beruf galt sehr lange nur als ein typisches Frauenproblem.

Es sind jedoch nicht nur überkommene Rollenbilder und fehlende Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen am Arbeitsmarkt, die Frauen schlechtere Chancen im Berufsleben verschaffen. Auch die oft nur mangelhaft vorhandenen ganztägigen Betreuungsmöglichkeiten in für Kleinkinder, aber auch die fehlenden Ganztagschulen in vielen Teilen Deutschlands lassen Frauen mit Kindern häufig keine andere Wahl, als zu Hause zu bleiben oder in Teilzeit zu arbeiten. Durch ihre längeren

Familienauszeiten besitzen sie somit nicht nur schlechtere Karrierechancen, sondern können sich auch nicht im gleichen Maße wie die Männer Sozialversicherungsansprüche aufbauen. Weiterhin werden steuer- und sozialpolitische Anreize, wie das Ehegattensplitting, von der Regierung aufrecht erhalten, die Frauen bei Aushandlungsprozessen den Kürzeren ziehen lassen. Die Ergebnisse sind bekannt: Mini-Jobs für einen Zuverdienst sind gerade noch drin, weil sich eine Frauen eine Berufstätigkeit unter diesen Rahmenbedingungen nicht leisten können. Hinzu kommt der nicht zu unterschätzende Faktor der Zeitpolitik, der es insbesondere Frauen schwer macht, Kinder und Beruf in Einklang zu bringen. Das männliche Alleinernährermodell dominiert noch immer unser System der sozialen Sicherung. Daran haben auch Bundeskanzlerin Merkel und die ehemalige Familienministerin von der Leyen nichts geändert. Im Gegenteil: Oftmals drängt sich das Gefühl auf, dass die Bundesrepublik frauen- und geschlechterpolitisch in den vergangenen Jahren in einen Dornröschenschlaf gefallen ist, und ein Aufwachen scheint nicht in Sicht.

Diskriminierung und hinderliche Rahmenbedingungen verbauen jedoch nicht nur Chancen, sie erhöhen auch das Armutsrisiko. Das Problem wird in die Zukunft verschoben. Alleinerziehende Frauen sind in Deutschland besonders häufig und hart von Armut betroffen und auf Sozialleistungen angewiesen. Sie vor allem haben mit Doppelbelastungen zu kämpfen. Eine angemessene Betreuungsinfrastruktur und frühkindliche Bildung sowie verlässliche Ganztagsangebote auch im Grundschulalter für ihre Kinder sind für diese Frauen existenziell wichtig.

Auch Frauen mit Migrationshintergrund sind von Mehrfachdiskriminierung betroffen, denn hier kommt zur »gewöhnlichen« Diskriminierung oftmals noch ein unsicherer Aufenthaltsstatus, interkulturelle Ignoranz der Mehrheitsgesellschaft und Nichtanerkennung ihrer Bildungsabschlüsse hinzu.

Deshalb werben wir für einen neuen Gesellschaftsvertrag in dem die Sorgearbeit nicht an die Frauen delegiert wird, die diese Aufgaben oftmals fast ohne Gegenleistung und nur mit geringer sozialer Absicherung erfüllen.

Grundsteine für den geschlechtergerechten Umbau unserer Gesellschaft müssen daher die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ab dem ersten Lebensjahr und die Abschaffung des Ehegattensplittings, als steuerliche Begünstigung des männlichen Alleinernährermodells, sein. Zudem müssen wir intensiv darüber nachdenken, wie wir sozialversicherungspflichtige Jobs schaffen, damit endlich auch Frauen eine eigenständige Existenzsicherung aufbauen können. Wichtig ist jedoch auch, dass Sozialberufe mehr gesellschaftliche und monetäre Anerkennung erhalten. Zudem ist es wichtig, das Berufswahlspektrum von Mädchen zu erweitern und mehr

Frauen in technische Berufe zu bringen. Wir brauchen aber auch mehr männliche Erzieher, Grundschullehrer und Altenpfleger und wir brauchen Väter, die nicht nur für zwei Monate für ihr Kind da sind und danach in Überstunden versinken, sondern die selbstverständlich Verantwortung für Sorgearbeit übernehmen. So wird Geschlechtergerechtigkeit zur gelebten Praxis. Dafür muss die Politik den Rahmen schaffen. Und: nur so können auch die derzeitigen Lohnunterschiede langfristig überwunden werden.

Auf der Bundesfrauenkonferenz am 17. und 18. April in Bonn haben Frauen aus Politik, Gesellschaft, Verbänden und der Wirtschaft darüber diskutiert, welche Anforderungen der Green New Deal aus geschlechterpolitischer Perspektive haben sollte und wie ein geschlechtergerechter Gesellschaftsvertrag aussehen soll. In der vorliegenden Dokumentation finden Sie alle Workshops und sämtliche Podiumsdiskussionen der Bundesfrauenkonferenz zusammengefasst. Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und freuen uns über ein Feedback!



Astrid Rothe Beinlich  
Frauenpolitische Sprecherin des Bundesvorstandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das Präsidium des Bundesfrauenrats

## Panel I: Grünes Wirtschaften - sozial und gerecht

### Moderation:

- Astrid Rothe-Beinlich (Frauenpolitische Sprecherin des Bundesvorstandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Referentinnen:

- Renate Künast (Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Annelie Buntentbach (Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes)
- Ariane Durian (Bundesvorsitzende des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen und Chefin des Personaldienstleisters Connect)
- Sibylle Stauch-Eckmann (Geschäftsführerin der ENDO-Klinik Hamburg)

Nach einer kurzen Vorstellung des Programms der Bundesfrauenkonferenz 2010 und der Übergabe des »Schlüssels zum Erfolg« an die grüne Spitzenkandidatin zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Sylvia Löhrmann, eröffnete Astrid Rothe-Beinlich das erste Panel mit dem Thema »Grünes Wirtschaften – sozial und gerecht«. Nachdem sie die vier Teilnehmerinnen auf dem Podium vorgestellt hatte, bat sie diese jeweils um ein einleitendes Statement als Anstoß für das anschließende Gespräch.

### Die Situation der Frauen im Gesundheitssektor

Mit Blick auf die Zukunftschancen ihres Bereichs gab Frau Stauch-Eckmann zu bedenken, dass Frauen im Gesundheitswesen zwar nach Anzahl der Beschäftigten dominieren, gleichzeitig aber vorwiegend in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Die Gründe hierfür liegen oft in der Unvereinbarkeit des Berufes mit der Familie. Darum forderte sie einen Ausbau der nach wie vor sehr mangelhaften Kinderbetreuung, besser strukturierte Tagesabläufe und die Möglichkeit für ArbeitnehmerInnen, individuellere Verträge ausarbeiten zu können. Doch auch beim Verhalten der Frauen am Arbeitsplatz sieht sie Nachholbedarf, denn ebenso wie Führungskräfte lernen müssten, dass nicht immer der selbstbewussteste Angestellte der am besten qualifizierte ist, müssten Frauen lernen, ein wenig von der eher typisch männlichen »Überzuversicht« anzunehmen, um ihre Fähigkeiten nicht unter Wert zu verkaufen.

Einen Grund für das starke Auftreten der Zeitarbeit im Gesundheitssektor sieht Frau Stauch-Eckmann in dem sehr großen Fachkräftemangel. Dabei gab sie zu bedenken, dass auch die Zeitarbeitsbranche nicht die Ressourcen habe, um den vorhandenen Bedarf zu bedienen, andererseits gäbe es ihrer Ansicht nach aber auch aus Richtung der Schulen aktuell kaum

Nachwuchs, der für eine Ausbildung in diesen Berufen geeignet wäre. Auf die Frage, welche Rahmenbedingungen erfüllt werden müssten, um existenzsichernde Beschäftigungsformen in ihrer Klinik zu etablieren, ging sie in erster Linie auf die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Hier sieht sie auch die Politik, zum Beispiel mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, gefordert. Dies beträfe aber ebenso die Männer, die in viel stärkerem Maße die bereits vorhandenen Angebote zur Gestaltung von Leben und Arbeit nutzen müssten.

Frau Stauch-Eckmann befürwortete eine Quotenregelung für Führungspositionen, wenn diese die Qualifikationen von BewerberInnen nicht außer Acht lasse. Weiterhin sprach sie sich für die Option einer zeitlichen Begrenzung einer solchen Regelung aus.

### **Die Positionen der Zeitarbeitsbranche**

Laut Ariane Durian hat sich die Zeitarbeitsbranche zu einem wichtigen Eckpfeiler des Sozialstaates entwickelt, weswegen sie die Forderung nach gleichem Geld für gleichwertige Arbeit als Gefahr für diese ablehne. Besonders mit Blick auf das Hauptthema der Konferenz wies sie darauf hin, dass in ihrer Branche, verglichen mit der Gesamtwirtschaft, eine sehr hohe Frauenquote in der Führung zu finden sei. Von dem in der Kritik stehenden Niedriglohnsektor distanzierte sie sich deutlich mit dem Hinweis, dass es bereits seit 2003 Tarifverträge mit dem DGB gebe. Die soziale Rolle des Sektors sieht Ariane Durian in den Möglichkeiten für Langzeitarbeitslose, auf diesem Weg wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, denn gerade über ihr Unternehmen würden LeiharbeiterInnen oft wieder den Zugang zu einer Übernahme in feste Beschäftigungsverhältnisse finden.

Als eine Ursache dafür, dass Frauen häufiger schlecht bezahlt werden, machte sie auch die unnötige Komplexität und die Intransparenz bei der Weiterbildungsförderung auf Seiten der Jobcenter aus. Diese würden es ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen schwer machen, Angebote zu nutzen und Qualifikationen aufzubauen. Einer Quotenregelung erteilte Frau Durian dennoch eine klare Absage, da diese nichts bringe, solange die Frauen nicht den erforderlichen Willen und das Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten aufbrächten.

### **Gewerkschaftliche Forderungen an eine soziale und gerechte Wirtschaft**

Annelie Buntenbach unterstützte den Anspruch auf mindestens die Hälfte der eine Million neuen Jobs, die durch den Green New Deal entstehen sollen. Sie möchte diesen aber nicht, wie bisher leider üblich, durch einen massiven Ausbau der prekären Zeitarbeit umgesetzt sehen. Da besonders Frauen von den Lohnunterschieden betroffen seien und die Existenz nicht sichernde Löhne eher die Regel als die Ausnahme seien,

hält sie sowohl den Mindestlohn als auch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft für unbedingt erforderlich. Weiterhin müssten die Flächentarife wieder zum Normalfall werden, damit wieder mehr sozialversicherungspflichtige Jobs entstünden und Zeitarbeit nicht mehr unter dem Deckmantel der Flexibilisierung als Mittel zur Lohnsenkung missbraucht werde. Deswegen sind auch in dieser Branche Tarifverträge für sie ein Muss.

Besonders in Hinsicht auf die 2011 auslaufende Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ist die Aufnahme der Zeitarbeit in das Entsendegesetz für sie ein wichtiges Anliegen, um noch höheren Lohndruck durch ZeitarbeitnehmerInnen aus Osteuropa zu verhindern. An Frau Stauch-Eckmann gerichtet wies sie darauf hin, dass der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen auch eine Folge von Zeitarbeit sei. Deren umfangreiche Einführung solle dafür sorgen, dass die Jobs auf diesem Gebiet aufgrund schlechter Löhne und Arbeitsbedingungen unattraktiv seien.

### **Die Aufgaben der Politik im Green New Deal**

Noch unter dem recht frischen Eindruck der Veröffentlichung des »Grünen Männer-Manifests« forderte Renate Künast ein Nachfolgedokument mit konkreten Vorschlägen und die Erzeugung gesellschaftlichen Drucks, um den gestellten Forderungen im breiten Konsens beider Geschlechter die notwendige Wirkung zu verleihen.

Zu den Themen, die sie in der Diskussion über den Green New Deal als besonders wichtig ansieht, gehört die Auseinandersetzung mit der gläsernen Decke, die sich nicht nur durch die Etagen großer Konzerne ziehe, sondern auch in kleinen Betrieben zu finden sei.

Die enorme Bedeutung der Chancengleichheit veranschaulichte sie in Hinblick auf die aktuelle Änderung des Unterhaltsrechtes: Wenn der Staat mehr Eigeninitiative fordere, müssten auch Jobs und Mindestlöhne folgen, um die Sicherung der eigenen Existenz möglich zu machen. Dazu gehörten aber auch Ausbildungsperspektiven im Bereich Erneuerbare Energien und Technologie, von denen Frauen nicht ausgeschlossen werden dürften.

Die Jobcenter müssten sich auch fragen, wie sie z.B. Qualifizierungen durchführen. Besonders die Taktik, Fortbildungen nicht mit dem Ziel der langfristigen Entwicklung von Perspektiven, sondern unter der Prämisse einer möglichst schnell verbesserten Arbeitslosenstatistik durchzuführen, müsste ein Ende haben. Hier wies Renate Künast speziell auf das Progressiv-Modell von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Lösungsansatz hin.

Sie betonte weiterhin, dass es aus politischer Sicht ein Fehler sei, bei der Frage der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt sich damit aufzuhalten, jeden Menschen einzeln überzeugen zu wollen. Dass über die Einführung

eines Gesetzes offen debattiert werde, sei ein großer Erfolg, der sowohl Unternehmen als auch Gewerkschaften unter politischen Druck zu Veränderungen setze. Sie sehe es als besondere Herausforderung im Rahmen des Green New Deal jeweils zwei bis drei konkrete Themen zu identifizieren, die auf kommunaler sowie Länder- und Bundesebene verfolgt würden. Zudem forderte sie dazu auf, die Männer in die Pflicht zu nehmen, sich an den notwendigen Veränderungen ernsthaft zu beteiligen.

### **Reaktionen und Ergänzungen der Zuhörerinnen**

Von der Zeitarbeitsbranche wurde gefordert, Mindestlöhne einzuführen, Langzeitarbeitslose entsprechend ihrer Qualifikation einzusetzen und die Ausgrenzung von LeiharbeiterInnen in den Betrieben zu bekämpfen.

Annelie Buntenbach wurde darauf hingewiesen, dass auch in den Gewerkschaften selbst noch viel zu tun sei, damit Frauen endlich angemessen vertreten seien. Dies bezog sich sowohl auf die Zusammensetzung der Tarifkommissionen und Vorstände als auch auf die Überprüfung der Tarife selbst hinsichtlich einer gerechten Bezahlung von Frauen und Männern. Frau Buntenbach erinnerte an die Initiative »Ich bin mehr wert«, mit der bereits erste Ansätze hin zu mehr geschlechterbezogener Gerechtigkeit in der tariflichen Bezahlung entwickelt worden seien.

Franziska Brantner, Europaabgeordnete der Grünen, wies darauf hin, dass die Gefahr des Lohndumpings aktuell nicht aus Osteuropa komme, sondern von Deutschland in die EU getragen werde. Frau Buntenbach entgegnete, dass sich ihre Äußerungen auf im Ausland ansässige Briefkastenfirmen bezogen hätten. Diese würden die bestehende Gesetzgebung umgehen, weswegen das Entsendegesetz auf die Zeitarbeitsbranche anzuwenden sei.

### **Ergebnisse des ersten Podiums**

Trotz gewisser Widersprüche in den Positionen konnte durch die Diskussion im ersten Panel eine Reihe von Herausforderungen identifiziert werden, die für ein soziales und gerechtes Wirtschaften im Green New Deal in Angriff genommen werden müssen:

#### **Zeitarbeit:**

- Abbau von Unterschieden zwischen Stammebelegschaften und LeiharbeiterInnen
- Einführung von Mindestlöhnen und tarifliche Einigungen mit den Gewerkschaften
- Aufnahme der Branche in das Entsendegesetz

#### **Existenzsicherung für Frauen**

- Gerechtere Löhne, die eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen
- Schluss mit abgeleiteten Ansprüchen

- Bekämpfung der so genannten gläsernen Decke beim Zugang zu Führungspositionen
- Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände, bis Frauen gleichberechtigt vertreten sind
- Verbessertes Zugang zu Jobs in Technologiebereichen
- Konkrete und langfristig wirksame Qualifikationsmaßnahmen

#### **Arbeit und Familie**

- Mehr staatliche Verantwortung, durch die Bereitstellung von Infrastruktur bei Bildung, Betreuung und Pflege, um Familie und Beruf miteinander vereinbar zu machen
- Größeres Engagement der Männer in der Familien- und Sorgearbeit
- Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle und planbarer Tagesabläufe in den Unternehmen

#### **Gleichstellung**

- Mehr Sensibilität in den Gewerkschaften für geschlechtergerechte Tarifpolitik
- Klares Bekenntnis der Männer zur Gleichberechtigung und Unterstützung

Die Einführung einer verbindlichen Quote für Führungspositionen wurde von der Mehrheit der Podiumsteilnehmerinnen und Zuhörerinnen als wichtiges Mittel zur Gleichstellung im Berufsleben definiert. Es gab jedoch, besonders durch Frau Durian, auch Kritik an dieser. Einig waren sich alle, dass diese allein nicht das Allheilmittel sein könne. Zu bedenken gegeben wurde weiterhin, dass nicht alle Frauen Führungspositionen anstreben und der Blick auch auf die »normale Erwerbsbiografie« nicht verloren gehen dürfe.

## **Workshops I**

### **Workshop:**

### **»Ist das Alleinernährermodell am Ende?« Das Frauenbild in Ost- und Westdeutschland 1980 bis heute**

#### **Moderation:**

- *Monika Lazar (MdB, Sprecherin für Frauenpolitik und für Strategien gegen Rechtsextremismus)*

#### **Mit Input von:**

- *Dr. Uta Schlegel (Soziologin, Institut für Hochschulforschung Wittenberg an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)*

In ihrer Einführung wies Monika Lazar darauf hin, dass das Thema des Workshops bei den Grünen nicht neu ist. Bereits 2006 erschien ein Reader der Bundestagsfraktion mit dem Titel »Abschied vom AlleinernährermodeLL«. Und es lässt sich festhalten, dass diese Tendenz in der Gesellschaft ungebrochen ist: Die Anzahl der Frauen, die den Hauptverdienst in einer Familie einbringen bzw. finanziell für sich selbst sorgen, wächst stetig. Für Frauen ist es heute überwiegend selbstverständlich, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen. Eine große Herausforderung für Frauen ist es aber nach wie vor, die eigenständige finanzielle Absicherung auch dann realisieren zu können, wenn sie sich entschließen eine Familie zu gründen bzw. Kinder zu bekommen.

Die Referentin Dr. Uta Schlegel ist Soziologin und eine der wenigen Frauen- und Geschlechterforscherinnen der ehemaligen DDR. Sie vertritt die These, dass in der DDR gerechtere Geschlechterverhältnisse als in der BRD herrschten. Die teilweise bis heute andauernde Differenzierung im Frauenbild zwischen Ost und West liegt ihrer Ansicht nach im Gleichstellungsvorsprung der Frauen aus der DDR begründet, festzumachen an deren ausgeprägter ökonomischen und reproduktiven Autonomie.

Ihre These untermauerte Dr. Schlegel anhand von 15 Feststellungen:

1. In Schul-, Berufs- und auch Hochschulausbildung nivellierten sich deutlich traditionelle Geschlechtsunterschiede.
2. Ihre Erwerbsarbeit übten Frauen in der DDR in qualifizierten Berufen mit vergleichsweise breiterem Berufsspektrum aus – eine inzwischen wieder rückläufige Tendenz. Sie standen über die Lebensspanne in kontinuierlicher Berufsarbeit – mehrheitlich in Vollzeit und überwiegend in unbefristeten Arbeitsrechtsverhältnissen, in aller Regel mit beruflichem Aufstieg und bei Geburt von Kindern ohne eine Familienpause.
3. Für das breitere Berufsspektrum scheint neben anderen Determinanten die kindliche familiäre Erziehung eine Rolle gespielt zu haben mit deutlich geschlechtsnivelliertem Spielzeug.
4. Frauen verfügten über gesellschaftliche Rahmenbedingungen einer synchronen Vereinbarung von Beruf und Familie/Kindern.
5. Damit verfügten DDR-Frauen in ihrem gesamten Lebenslauf über eine ökonomische Selbstständigkeit, die relativ früh im Jugendalter erreicht wurde.
6. Üblich waren eine vergleichsweise frühe Eheschließung und die Geburt des ersten Kindes (22./23. Lebensjahr), ohne Familienpause.
7. Die Frau hatte die Möglichkeit des ausschließlich selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruchs.
8. In den Familien/Lebensgemeinschaften wurden eine tendenziell gleichberechtigte Partnerschaft und häusliche Arbeitsteilung praktiziert.
9. Frauen wie Männer akzeptierten und nutzten in hohem Maße außerhäusliche Kinderbetreuung.

10. Schon seit den Anfangsjahren der DDR leiteten die Frauen ihr Selbstverständnis und -bewusstsein von sich selbst und ihren eigenen Leistungen ab, nicht mehr vom beruflichen oder gesellschaftlichen Status der Ehemänner.
11. Die Ehe war eine dezidiert unökonomische Institution.
12. Die kulturellen Muster der Hausfrau und der Hausfrauenehe wurden in der DDR nicht mehr gelegt, galten als historisch überholt und waren auch eher verpönt.
13. Frauen zeigten eine relativ hohe Scheidungsneigung, zumal eine Scheidung leicht realisierbar war und (auch mit Kindern und ohne Ehegattenunterhalt) nicht an den Rand der Gesellschaft führte.
14. Es gab einen vergleichsweise hohen Anteil alleinerziehender Mütter, denen große gesellschaftliche Akzeptanz entgegengebracht wurde. Bis heute wird im Osten jedes dritte Kind unehelich geboren, im Westen dagegen nur jedes zehnte.
15. Ihre letzte Feststellung hob Dr. Schlegel besonders hervor: Da die Gleichstellungsfortschritte von Frauen in der DDR nicht selbst erstritten, sondern vom Staat vorgegeben wurden und es keinen Diskurs gab zu den Geschlechterverhältnissen, fehlt den DDR-Frauen bis heute häufig eine Sensibilität gegenüber Diskriminierungsmechanismen. Bis heute haben viele ostdeutsche Frauen eine große Distanz zu feministischen Positionen und solidarisieren und engagieren sich kaum in frauenpolitischen Fragen.

Dr. Uta Schlegels Fazit: Die Problemlagen von Frauen in Ost und West gleichen sich an. Insbesondere für den Osten bedeutet das eine deutliche Ausdifferenzierung der Lebenslagen der Frauen, die in der DDR relativ homogen waren. Trotzdem lassen sich bis heute kulturelle Unterschiede zwischen dem Frauenbild in Ost und West nachweisen, da sich kulturelle Muster aus der DDR fort- und festsetzen angesichts ihres Modernisierungsvorsprungs und einer »sozialen Vererbung«, das heißt einer Vorbildwirkung der Mütter auf die nächste Generation.

Eine Teilnehmerin wies darauf hin, dass die Hausfrauenrolle heute teilweise nachgeholt werde und eine gewisse »Retraditionalisierung« festzustellen sei, was die Arbeitsteilung betrifft. Dr. Schlegel gab zu bedenken, dass es trotz einer Gleichstellung von Mann und Frau Unterschiede in der Art der Hausarbeit in der DDR gab: Männer übernahmen fakultative Arbeiten, die sanktionierbar waren, Frauen hingegen obligatorische. Sie stellte aber fest, dass sich in der DDR Frauen eher an die Männer anglichen und nicht andersherum.

Es kam die Frage auf, ob es in der DDR ein Gleichheitsideal gab oder ob die Gleichstellung von Mann und Frau rein ökonomische Hintergründe hatte.

Dr. Schlegel verwies auf einen wichtigen Zusatz in der Verfassung der DDR: Alle Regeln und Maßnahmen, die dem Gleichheitsprinzip von Mann und Frau entgegenstanden, wurden bereits 1949 außer Kraft gesetzt.

Monika Lazar stellte fest, dass Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau in Ostdeutschland auch heute nach wie vor geringer seien als in Westdeutschland, da die Erwerbsneigung der Frauen im Osten nach wie vor höher sei.

Von TeilnehmerInnen wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Berufstätigkeit (in Vollzeit) der Frau oftmals eine individuelle ökonomische Entscheidung sei und Frauen heute keine echte Wahlfreiheit hätten. Somit ist dieser Umstand nicht den feministischen Errungenschaften geschuldet, sondern einem ökonomischen Druck. Viele Frauen und Männer wünschten sich eine 30-Stunden-Woche, für die es jedoch wenig Angebote gibt.

Hannelore Buls, Referentin bei ver.di und Leiterin des Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik, hatte ihre Partizipation leider krankheitsbedingt absagen müssen und dafür den TeilnehmerInnen des Workshops ein Impulspapier zur Verfügung gestellt. Monika Lazar fasste dessen Inhalt folgendermaßen zusammen: Rahmenbedingungen für mehr Geschlechtergleichheit werden von der aktuellen Politik nicht gesetzt und das Alleinernährermodell werde durch fehlende gesetzliche Reformen weiterhin unterstützt. Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sei jedoch unerlässlich, um der Bevölkerung und der Wirtschaft einen spürbaren Anreiz zur Verhaltensänderung zu geben.

### Workshop: »Unternehmensgründungen als Chance – auch für Migrantinnen?«

#### Moderation:

- Ekin Deligöz (MdB, Sprecherin für Familien- und Kinderpolitik, stellvertretende Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Mit Inputs von:

- Prof. Dr. Svetlana Franken (Professorin für Personalmanagement an der Fachhochschule Bielefeld)
- Isinay Kemmler (Gründerin des gemeinnützigen Vereins IKU.NET-Netzwerk interkultureller Unternehmerinnen)

Der Workshop »Unternehmensgründungen als Chance – auch für Migrantinnen?« beschäftigte sich mit Motiven und Hemmnissen von Frauen mit Migrationshintergrund sich selbstständig zu machen bzw. warum sie ihren Wunsch, sich selbstständig zu machen, nicht verwirklichen.

Die beiden Referentinnen Frau Prof. Dr. Svetlana Franken, Professorin für Personalmanagement an der FH Bielefeld, und Frau Isinay Kemmler,

Gründerin des IKU.NET-Netzwerks interkulturelle Unternehmerinnen, führten zunächst in das Thema ein.

Frau Prof. Dr. Franken näherte sich dem Thema aus wissenschaftlicher Perspektive und gab einen umfassenden Überblick über die Situation von MigrantInnen am Arbeitsmarkt. Demnach seien MigrantInnen häufiger als die einheimische Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen und überdurchschnittlich oft nicht in ihrem erlernten Beruf bzw. unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt. Die Gründe, warum das kulturelle Kapital von MigrantInnen nicht genutzt werde, seien vielfältig: Nichtanerkennung von Berufsabschlüssen, fehlende Sonderprogramme zur Existenzsicherung, erschwerter Zugang zu Bank- oder Förderkrediten und Nichtakzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft.

Insbesondere ihre eingeschränkten Chancen auf dem Arbeitsmarkt seien für viele Migrantinnen ein wichtiger Grund sich selbstständig zu machen. Dabei verfügten Migrantinnen über Kompetenzen, die den Erfolg einer Unternehmensgründung positiv beeinflussen könnten: Sie seien kreativ, hoch motiviert und sehr belastbar. Darüber hinaus seien sie risikobereit und wiesen einen personenbezogenen Führungsstil auf. Derzeit gebe es ungefähr 184.000 selbstständige Migrantinnen, die wiederum geschätzte eine Million neue Arbeitsplätze schaffen würden.

Frau Kemmler wies auf einige weitere Besonderheiten bei Gründerinnen hin. Frauen seien sehr kritisch in ihrer Selbsteinschätzung: Sie unterschätzten sich häufig, die Erfolgsaussichten würden eher kritisch beurteilt und die Angst zu scheitern sei größer als bei Männern. Wenn Frauen sich traute, seien sie aber genauso erfolgreich wie ihre männlichen Kollegen. Sie betonte auch, dass Frauen mit Migrationshintergrund besondere Potenziale hätten, die ihnen durchaus Vorteile verschafften: Sie verfügten über ein vielfältiges kulturelles Kapital und hätten einen anderen Blick bei Problemlösungen, der auf ihre unterschiedliche kulturelle Prägung und Erfahrung zurückzuführen sei.

Die Runde der Teilnehmerinnen war sich einig, dass in Deutschland eine Anerkennungskultur für MigrantInnen nötig sei, die ihre besonderen Fähigkeiten, nicht als Manko sehe, sondern als Chance. Notwendig seien Programme zur Qualifizierung von Frauen, die die individuellen Lebenslagen (Vereinbarkeitsfrage, Sprachförderung) berücksichtigten. Der hohe Anteil von Müttern erfordere einen guten Ausbau der Infrastruktur für Kinder, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gut gelingen könne.

Kaum vorhanden seien aber Beratungseinrichtungen für Kleinunternehmerinnen, die aktivierend und unterstützend wirkten. Dazu müssten regionale Netzwerke geschaffen werden.

Wichtig sei es, den Frauen Mut zu machen und ihnen auch mentale Unterstützung zukommen zu lassen. Das könne sowohl über Netz-

werke geschehen als auch über mediale Präsenz von Vorbildern und entsprechende Berichterstattungen sowie über eine kommunale Anerkennungskultur für engagierte Frauen. Darüber hinaus solle der Zugang zu Kleinkrediten und Förderprogrammen erleichtert und spezifisch an die Bedürfnisse der Frauen angepasst werden.

Wichtig sei auch eine wissenschaftliche Forschung, die sich mit der Frage beschäftige, welche Erfolgsfaktoren es gebe und wie sich regionale Unterschiede erklären ließen.

### **Workshop:** **»Alles für die Quote: Kann ein neues Frauenbild MIT den Medien durchgesetzt werden?«**

*Moderation:*

- *Ulle Schauws (Sprecherin LAG Frauenpolitik NRW)*

*Mit Input von:*

- *Dr. Tanja Maier (Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arbeitsstelle Journalistik der Freien Universität Berlin)*

In diesem Workshop wurde unter der Leitung von Ulle Schauws über die Rolle der Medien bei der Entstehung eines neuen Frauenbildes in der Gesellschaft debattiert. Den Input hierfür lieferte Dr. Tanja Maier mit einem Bericht über das Forschungsprojekt »Spitzenfrauen im Fokus der Medien – die mediale Präsentation von weiblichen und männlichen Führungskräften in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft«. Initiiert durch Prof. Dr. Margreth Lünenborg und Prof. Dr. Jutta Röser wurden von April bis September 2008 quantitative und qualitative Daten über die Darstellung relevanter VertreterInnen aus den oben genannten Bereichen gesammelt. Untersucht wurden sowohl Print- als auch Fernsehbeiträge, wobei das Hauptaugenmerk der qualitativen Analyse auf Zeitungen und Magazinen lag. Nachgegangen wurde vor allem der Frage, wie JournalistInnen über Frauen und Männer berichten und wie die hierbei entstehenden Rollenbilder von den KonsumentInnen aufgenommen werden.

### **Frauenbilder in den Medien**

Obwohl die Auswertung noch nicht völlig abgeschlossen ist, zeigten die quantitativen Befunde des Projektes, dass Männer im Vergleich zu ihren Kolleginnen überproportional häufig in Erscheinung treten. Daran anschließend wurde anhand ausgewählter Beispiele aus dem Projekt gezeigt, wie Medien bezogen auf Ansprache und Bezeichnung, Anlass und Thema der Berichterstattung, Metaphern, Attributierungen der Personen, Narrationen, Körperkonstruktionen sowie visuelle Strategien

Geschlecht konstruieren. Beispielsweise fällt bei den Berufsbezeichnungen von Wissenschaftlerinnen die Betonung ihrer Leistungen deutlich zurückhaltender aus als bei ihren männlichen Kollegen. Ein weiterer Unterschied findet sich in der Auseinandersetzung mit Äußerlichkeiten. Diese werden zwar bei beiden Geschlechtern angesprochen, jedoch in deutlich verschiedenem Umfang. Was an bildhafter Sprache in der Würdigung ihrer Leistungen fehlt, wird im Rahmen der Beschreibung von Kleidung, Frisur und Accessoires der Frauen nachgeholt.

### **Das vorläufige Fazit des Forschungsprojektes**

Insgesamt wurde deutlich, dass Medien weniger die Realität abbilden, als dass sie selbst eine andere, davon verschiedene konstruieren. Ein Vergleich mit den 70ern zeige, dass Veränderungen auch in den Medien möglich seien und Geschlechterzuschreibungen sich wandeln könnten. Im Rahmen des Projektes wird auch gefragt, wie es dazu kommt, dass Journalistinnen und Journalisten an dieser Erschaffung von Medienbildern teilnehmen. Es gelte auch zu berücksichtigen, dass Männer nicht weniger von diesen Zuschreibungen betroffen sind.

Frau Dr. Maier führte in einem eigenen Fazit die Erkenntnis »Macht schlägt Geschlecht« an, die beispielsweise von der Darstellung Angela Merkels in den Medien bewiesen werde. Das bedeute, je höher die gesellschaftliche Stellung einer Frau sei, desto weniger werde sie in der Berichterstattung auf ihr Geschlecht reduziert, auch wenn es selbst dann noch hin und wieder zu diskriminierenden Äußerungen komme.

### **Die Diskussion der Teilnehmerinnen des Workshops**

Als mögliche Ursache für die von beiden Seiten betriebene Konstruktion der Geschlechter wurde die tiefe Verankerung der damit verbundenen Rollenbilder in den Köpfen der Menschen vermutet. Nur in wenigen Fällen sei deswegen von bewusster Manipulation auszugehen. Die Mehrheit der JournalistInnen, so die Vermutung, sei sich bei ihrer Arbeit gar nicht bewusst, wie stark ihre Denkmuster die Berichterstattung prägten. Besonders in Hinsicht auf den Einfluss des Fernsehens wurde die Sorge geäußert, dass eine zunehmende Pornographisierung das Bild der Frauen formen könnte. Die MedienmacherInnen müssten dieser Entwicklung durch eine qualitative Darstellung der Frauen entgegenreten, auch wenn wirtschaftliche Interessen dem entgegenstünden.

Es wurde vermutet, dass die herausragende Stellung der Bundeskanzlerin in den Medien auch dadurch zustande gekommen sei, dass Frau Dr. Merkel selbst nicht sehr stark als Frau auftritt und bemüht ist, das Thema Geschlecht möglichst zu umgehen. Im Gegensatz hierzu gibt es durchaus auch Frauen, die ihre Weiblichkeit bewusst einsetzen, um ihre mediale Präsenz zu erhöhen.

Aus dieser Feststellung ergab sich eine der zentralen Fragen des Workshops: Welchen Anteil haben Frauen selbst an ihrer Darstellung in den Medien?

### Ergebnisse und Forderungen des Workshops

Die Existenz gewisser Unterschiede zwischen den Geschlechtern sei eine Tatsache. Darum sollte die Möglichkeit der verschiedenen Präsentation von Männern und Frauen kein Tabu sein. Relevant seien in erster Linie die Frage nach der Gleichwertigkeit und die Überprüfung hinsichtlich einer möglicherweise abwertenden Darstellung. Aus der Notwendigkeit einer solchen Kontrolle einerseits und dem im Grundgesetz garantierten Recht auf freie Meinungsäußerung andererseits ergäbe sich, dass ein neues Frauenbild nicht allein durch die Medien geschaffen werden könne, sondern nur zusammen mit diesen. Hierfür sei eine Sensibilisierung der ProduzentInnen für Genderfragen ebenso wichtig wie ein bewusster Umgang der KonsumentInnen mit den Inhalten, das heißt eine Beschäftigung mit der Frage, was wie präsentiert wird.

Eine weitere Forderung lautete, sich zu Beginn nicht mit den teils sehr subtilen Formen von Geschlechterkonstruktion auseinanderzusetzen, die in dem von Frau Dr. Maier vorgestellten Projekt untersucht wurden. Es gebe in sehr viel größerem Umfang einen Hang zu überaus plakativen und offensiven Formen der Diskriminierung und Herabwürdigung, mit denen frau sich zunächst beschäftigen müsse.

Die letzte Anregung des Workshops nahm Bezug auf den bereits früher angesprochenen Anteil der Frauen selbst an ihrer Präsentation in der Öffentlichkeit. Viele JournalistInnen arbeiten heutzutage mit aufbereitetem Pressmaterial, das ihnen von den Personen, Firmen und Organisationen zur Verfügung gestellt wird, über die sie berichten. Frauen müssten darum bewusster die Berichterstattung über sich beeinflussen und beispielsweise, ähnlich wie bei ihren männlichen Pendanten, die Verwendung einer bildhaften Sprache fördern.

### Workshop: »Vielfältigkeit der Familienformen – das Zusammenleben mit Kindern rechtlich neu gestalten?«

#### Moderation:

- BAG Lesbenpolitik und BAG Frauenpolitik
- Katja Dörner (MdB, Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik)
- Protokoll: Dr. Angela Behring

#### Mit Inputs von:

- Anna Proske (Wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut e.V. München)
- Pia Bergold (Mitarbeiterin des Staatsinstituts für Familienforschung (ifb), Universität Bamberg)
- Simone Huckert (Rechtsanwältin – Fachanwältin für Familienrecht, Köln)

Katja Dörner erläuterte eingangs, dass die Konstellationen neuer Formen familiären Zusammenlebens und deren Verbreitung in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen habe. Patchworkfamilien, Einelternfamilien, Regenbogenfamilien, Adoptiv- und Pflegefamilien seien zur Normalität im gesellschaftlichen Alltag geworden. Rechtlich fände weiterhin eine Privilegierung leiblicher Eltern auf Basis der Ehe statt. Dadurch seien Kinder, die in alternativen Familien lebten, vielerlei Ungleichbehandlungen und Benachteiligungen ausgesetzt, auch wenn soziale Elternteile Verantwortung für sie übernommen hätten. Die Grünen greifen diese Thematik seit einiger Zeit in der Debatte über »neue rechtliche Konstruktionen« auf, die die rechtliche Absicherung von Kindern in Verantwortungsgemeinschaften zum Gegenstand hat. Der Workshop thematisierte die Lebenssituation zweier Familienformen: aus Trennung und Scheidung hervorgegangene Patchworkfamilien und auf die komplizierten sozialen Bezüge in Regenbogenfamilien aufgrund der Herkunft der Kinder. Ergänzt um Ausführungen zum Sorge- und Umgangsrechts sollten anschließend Fragen einer weitergehenden (rechtlichen) Absicherung sozialer Elternteile diskutiert werden.

### Inputreferat Anna Proske: Multilokale Lebensführung in Familien nach Trennung und Scheidung: neue Herausforderungen für Erwachsene und Kinder

Anna Proske stellte in ihrem Vortrag die Lebenssituationen von Kindern und Erwachsenen im Trennungs- und Scheidungsfall anhand der Mobilität, dem Wohnen an zwei Orten und den Bedingungen des Zusammenseins dar. Mobil sein fordere von Kindern genauso wie von Erwachsenen erhebliche zeitliche Ressourcen – die Kinder lebten mit dem Reisen (packen, alleine fahren, Abschied nehmen), die Erwachsenen müssten zusätzlich noch beachtliche finanzielle Mittel bereitstellen (Hotel, Fahrtkosten, ggf. Zweitwohnung). Das »Leben an zwei Orten« bedeute praktisch eine Verdoppelung des Alltags an verschiedenen Orten: zweimal Familienalltag mit verschiedenen Menschen, Vereinen, Freunden etc., das heißt wechselnde Personen und Personenzahlen. Sofern neue PartnerInnen einbezogen seien, träten unter Umständen Konflikte um nutzbare oder zu nutzende Räume auf. Das aktuelle Zusammensein sei demnach geprägt vom Wechsel des Getrennt- und Zusammenseins. Dies erfordere, den Alltag durch alltägliche Aktivitäten für nur kurze Zeit - und

trotz der kurzen Zeit - herzustellen. Daraus formulierte sie die politische Forderung, dass finanzielle Entlastungen für Doppelfamilien zu schaffen seien und ein Beratungsangebot aufgebaut werden müsse. Aber auch der Wohnungsbau und die öffentliche Infrastruktur sollten den neuen Lebensrealitäten der Menschen Rechnung tragen. Es müsse zudem deutlich werden, dass ein neuer Bedarf an Dienstleistungen entstanden sei. Bezüglich des Sorgerechts sei auffällig – so die Ergebnisse aus Interviews –, dass bei sozialen Elternschaften häufig nicht klar sei, welche Rechte und Pflichten vorhanden seien: etwa Unterzeichnungsberechtigung, Begleitung und Verantwortlichkeit für das Kind. So werde auch beklagt, dass soziale Eltern nach der Trennung keine weiteren Rechte haben.

### **Inputreferat Pia Bergold: Regenbogenfamilien – Vielfalt von Familienformen und familiären Beziehungen**

Pia Bergold erklärte die Herkunft der Kinder in Regenbogenfamilien mithilfe eigener Berechnungen der Daten aus der BMJ-Studie von 2009 und den Daten des Mikrozensus 2008. Gut zur Hälfte würden die Kinder in die Lebenspartnerschaft (LP) und zu gut einem Drittel in die Lebensgemeinschaft von Lesben und Schwulen (LG), das heißt »wie« in eine Ehe bzw. nichteheliche Lebensgemeinschaft, hineingeboren. Nach diesen Daten stammen 44 Prozent der Kinder, die in einer LP leben, und gut die Hälfte der Kinder (ca. 55 Prozent), die in einer LG leben, aus früheren Ehen oder heterosexuellen Lebensgemeinschaften. Dementsprechend leben in Regenbogenfamilien überwiegend leibliche Kinder (gut 90 Prozent). Ein Großteil der Regenbogenfamilien stellten Frauen (93 Prozent der 1059 befragten Personen).

In gleichgeschlechtlichen Familien leben in sie hineingeborene, adoptierte oder in Pflege genommene Kinder. Leibliche Kinder seien dabei überwiegend »Inseminationskinder« (ca. 69 Prozent), das heißt solche, die durch Samenspenden erzeugt worden seien. Von diesen sei der Spender zu 51 Prozent bekannt, sogar 17 Prozent der bekannten Väter ließen sich im Geburtenbuch eintragen. Die Beteiligung des Spenders, ggf. seines Partners, könne zusammen mit Mutter und Co-Mutter zu einer »queerfamily« mit vier Erwachsenen werden, wobei sich die Beteiligung an der Erziehung und Betreuung auf einem Kontinuum bewege: von Besuchskontakten bis hin zu einer gleichberechtigten Elternfunktion.

In gleichgeschlechtlichen Stieffamilien würden die Kinder zu 92 Prozent aus früheren Ehen oder nichtehelichen Lebensgemeinschaften stammen. Davon hätten 75 Prozent Kontakt zum anderen leiblichen Elternteil, bei 55 Prozent liege sogar ein gemeinsames Sorgerecht vor. Diese Konstellationen zeigten laut Bergold auf, dass in Regenbogenfamilien viele Erwachsene mit den Kindern zusammenträfen, mehrere Familien miteinander verzahnt seien und diese Komplexität derzeit rechtlich nicht abgebildet werde.

### **Inputreferat Simone Huckert: Rechtliche Grundlagen des Sorge- und Umgangsrechts**

In ihrem Vortrag führte Simone Huckert die Grundzüge des Sorge- und Umgangsrecht in Bezug zu den rechtlichen Vorschriften von Ehe und Lebenspartnerschaft aus. Das Sorgerecht umfasse die Personen- und die Vermögenssorge für minderjährige Kinder. Im Regelfall würde dieses Recht gleichrangig ausgeübt (Ehe) und beziehe sich auf die Lebenszusammenhänge mit erheblicher Bedeutung. Alltägliche Dinge geringerer Bedeutung könnten einseitig von einem Elternteil bestimmt werden. Wenn Streitigkeiten vorlägen, entscheide das Familiengericht, welcher Elternteil in diesem Fall die Sorge ausüben dürfe. Das Umgangsrecht sei hingegen von der Aufrechterhaltung der Bindung und einer Teilnahme am Alltag gekennzeichnet. Das Motto: »Kind sehen und erleben«. Praktisch würden Wochenendregelungen durch »echte Wechsel« (jede/r eine halbe Woche) ergänzt.

Im Trennungsfall werde immer dem Wohl des Kindes Priorität gegeben. In der Regel bleibe die gemeinsame Sorge erhalten. Das Familiengericht könne auch zu einem späteren Zeitpunkt einen Teil der Sorge oder die ganze Sorge auf den anderen Elternteil übertragen. Bei Scheidung sei der Umgang des Elternteils, bei dem das Kind nicht lebe, problemlos. Dies entstehe im Einvernehmen oder durch gerichtlichen Beschluss. Eine Entziehung des Umgangsrechts oder ein begleiteter Umgang mit MitarbeiterInnen des Jugendamts sei in schweren Fällen grundsätzlich möglich. In der Lebenspartnerschaft ermögliche die Stiefkindadoption die Übergabe des Sorgerechts des anderen Elternteils mit dessen Zustimmung auf die Co-Mutter (bzw. den Co-Vater). Das kleine Sorgerecht habe die Co-Mutter (bzw. der Co-Vater) beim Zusammenleben für Angelegenheiten des täglichen Lebens wie beispielsweise das Schreiben von Entschuldigungen ohnehin. Für die Lebenspartnerschaft gelte mittlerweile (auch), dass das Recht auf Umgang ohne Adoption vorhanden sei, wenn eine häusliche Gemeinschaft existent war und Verantwortung für das Kind übernommen wurde. Dritte seien grundsätzlich umgangsbe-rechtigt, sofern dies dem Kindeswohl diene. Auch bei Stiefkindadoption und anschließender Trennung gebe es ein gemeinsames Sorgerecht.

Katja Dörner leitete in die anschließende Diskussion mit der Frage nach dem Bedarf für stärkere Rechte sozialer Eltern über. Alle drei Referentinnen bejahten die Notwendigkeit mit den folgenden Schwerpunkten: Pia Bergold hob den Bedarf einer rechtlichen Stärkung der queerfamily hervor - einerseits beträfe dies Väterrechte, andererseits das Spannungsfeld zu den (neuen) PartnerInnen, die über geringe bis keine rechtlichen Ansprüche verfügten, aber dennoch als soziale Anwesende mit dem Kind intensiv zu tun hätten. Anna Proske sah die Notwendigkeit einer Sensibilisierung von Institutionen bezüglich multilokal lebender Familien, auf die diese bisher nicht eingerichtet seien. Aus juristischer Sicht, so Simone Huckert, bedürfe es neuer Rechtsregelungen für die Lebenspartnerschaft,

klarer Regelungen für die Elternschaft bei Inseminationen und für die Ausgestaltung des Kindeswohls mit vier Erwachsenen.

In der weiteren Diskussion wurde übereinstimmend festgestellt, dass (einzel)fallbezogene Diskussionen in den grünen Gremien wenig zielführend sind. Vielmehr sollte sich die weitere Debatte anhand der Lücken im Sorge- und Umgangsrechts bzw. deren Umsetzung geführt werden und bestehende Elemente des Rechts auf alternative Familienformen übertragen werden. Dafür müssten aber auch grundgesetzliche Normen (Art. 6 GG) geändert werden, um weitere Fragen, wie die nach einer freiwillig eingeschränkten Vaterschaft, rechtlich gestalten zu können.

### Workshop: »Neue Jobs in neuen Branchen – auch für Frauen«

Moderation:

- *Hasret Karacuban (Sprecherin des Arbeitskreises Grüne MuslimInnen NRW und der LAG Frauenpolitik NRW)*
- *Ines Eichmüller (Präsidium Bundesfrauenrat)*

Mit Inputs von:

- *Elisabeth Schroedter (MdEP)*
- *Irmgard Pehle (Mitglied der BAG und LAG NWR Frauenpolitik und DGB-Kreisvorsitzende in Herford und Betriebsratsvorsitzende bei einem mittelständischen Anlagenbauer)*

Zu Beginn des Workshops hielt Elisabeth Schroedter, die sich in ihrer Eigenschaft als EU-Parlamentarierin im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten engagiert, ein Inputreferat über die aktuelle Situation der grünen Wachstumsbranchen in Deutschland und deren gegenwärtige Beschäftigungsstruktur.

### Zehn Jahre Erneuerbare Energien in Deutschland

Seit 1998 sind im Bereich der Erneuerbaren Energien mehr als 200.000 neue Arbeitsplätze entstanden und die Branche geht davon aus, dass der Bereich bis 2020 auf eine halbe Million Stellen angewachsen wird. Besonders interessant, erläuterte Elisabeth Schroedter, sei hierbei der Vergleich mit anderen Branchen im selben Zeitraum. Bezogen auf 1998 sei der grüne Wirtschaftssektor um 332 Prozent gewachsen, während andere Bereiche nur kaum zulegen konnten oder sogar massiv Jobs abbauen mussten. Speziell die schon seit langem nur noch durch Subventionen am Leben erhaltene Kohleförderung sei in den vergangenen zehn Jahren unter dem Einfluss dieses Wandels stark geschrumpft.

### Die Technologiesparten im Einzelnen

Auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien hätten besonders die Technologien Windkraft, Biomasse und Solarenergie von den positiven Veränderungen profitiert. Darum lohne sich ein Blick auf die Qualifikationsstruktur in diesen Branchen: Der überwiegende Teil der Beschäftigten im Solarenergiesektor arbeitet im Bereich Photovoltaik, der auch sehr stark von mittelständischen Handwerksbetrieben dominiert wird. Der Großteil der Angestellten sind FacharbeiterInnen der Elektrotechnik oder Personen mit kaufmännischer Ausbildung, wohingegen der Anteil an AkademikerInnen vergleichsweise gering ist. Die Firmen haben sich darauf eingerichtet, ihr Personal durch eigene oder externe Schulungen für den Umgang mit dieser Technologie zu qualifizieren. Die EU-Parlamentarierin gab zu bedenken, dass aufgrund des Wachstums die Nachfrage nach spezialisierten IngenieurInnen ständig steige und auf diesem Wege allein nicht mehr gedeckt werden könne.

Im Bereich der Windenergie liegen die Schwerpunkte auf Planung, Bau und Betrieb der Anlagen. Die Branche zeichnet sich durch ein sehr hohes Qualifikationsniveau aus, so dass AkademikerInnen aus technischen und betriebswirtschaftlichen Disziplinen hier genauso zu finden sind wie gut ausgebildete FacharbeiterInnen und MeisterInnen.

Der Wirtschaftszweig Bioenergie hat seinen Schwerpunkt in ländlichen Regionen und ist vorwiegend von sehr kleinen Betrieben mit zehn bis 15 MitarbeiterInnen besetzt. Die angewandte Technik und deren Vielfalt bedinge laut Elisabeth Schroedter eine ebenso breit gefächerte Nachfrage nach Personal aus den Ingenieurs- und Naturwissenschaften, der Elektrik, Elektronik und Mechanik, dem Anlagenbau und natürlich dem Vertrieb.

### Wichtige Faktoren für die weitere Entwicklung

Die Erneuerbaren Energien hätten sich im letzten Jahrzehnt sehr gut entwickelt, doch die Erfolge seien auch in Zukunft abhängig von günstigen politischen Rahmenbedingungen. Die aktuelle Diskussion um das Erneuerbare-Energien-Gesetz als Mittel der Förderung dieser Entwicklung habe bereits negativen Einfluss auf die Bereitschaft zu Investitionen und damit die Beschäftigungssicherheit genommen, warnte Elisabeth Schroedter. Ein weiteres Problem stelle das zu geringe Angebot an qualifizierten Fachkräften dar, welches, laut einer Studie der Agentur für Erneuerbare Energien, die Entfaltung dieser Branche als Jobmotor erheblich gebremst habe. Diese Nachfrage beinhalte auch ein großes Potenzial für Frauen. Da sich Mädchen und junge Frauen in ihrer Berufswahl aber immer noch sehr traditionell verhalten, ist hier dringender Handlungsbedarf geboten. Oftmals fehle es beispielsweise an guter Information über mögliche Alternativen.

Im Anschluss an Elisabeth Schroedters Inputreferat betonte Irmgard Pehle in ihrem Vortrag die Möglichkeiten zur Förderung von Frauen

in MINT-Berufen, die weiter ausgebaut und genutzt werden müssten. Berufe in den so genannten MINT-Bereich seien oft sehr kreativ und teamorientiert, Faktoren, die Frauen und Mädchen eher schätzten und sich von ihrem Berufsfeld erhofften. Nach wie vor haben diese Berufe aber den Ruf sehr »technisch« zu sein und werden eher im Bereich der »Männerberufe« eingestuft. Eine bessere Berufsberatung und Einblick in die tatsächliche Arbeit in diesen Berufen sei daher dringend notwendig. Auch der geschlechterspezifischen Zuschreibung von Mathematik-Informatik-Technik = Jungs und musisch-sozial = Mädchen, müsse bereits in der Schule durch Aufklärung und praktische Erfahrungen in unterschiedlichen Bereichen entgegengewirkt werden. Wichtig sei jedoch auch die Aufwertung von Pflege- und Sozialberufen, um Frauen wie Männern auch hier existenzsichernde Perspektiven zu eröffnen.

Gleich zu Beginn der abschließenden Diskussion hielten die Teilnehmerinnen fest, dass es anstatt »Neue Jobs in neuen Branchen – auch für Frauen«, heißen müsse »Jobs in neuen Branchen für Frauen«. Besonders neue Branchen würden Arbeitsplätze gerade für Frauen und nicht in erster Linie für Männer anbieten. Auch hier - so betonten die Diskussionsteilnehmerinnen - gelte es, Frauen nicht als abgeleitete Wesen wahrzunehmen.

### **Zentrale Forderungen des Workshops waren:**

- Frauenförderoffensive im Bereich der Erneuerbaren Energie
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollte auch in den Branchen der Erneuerbaren auf die Frauenförderung der Betriebe Wert gelegt werden.
- Mädchen und jungen Frauen sollten durch gezielte Werbung und Praktikas die Möglichkeiten dieser Berufsbranche deutlich gemacht werden, hier gilt es auch, die Berufsberatung stetig zu qualifizieren.

## **Panel II: Bildung macht mehr möglich**

### *Moderation:*

- *Steffi Lemke (Politische Bundesgeschäftsführerin BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*

### *Referentinnen:*

- *Sylvia Löhrmann (MdL, Fraktionsvorsitzende NRW)*
- *Julia Karnick (BRIGITTE-Kolumnistin und Autorin)*
- *Verena Schäffer (Sprecherin der Grünen Jugend NRW)*

Am frühen Abend des ersten Konferenztages begann das zweite Panel mit dem Thema »Bildung macht mehr möglich«. Durch die Diskussion führte Steffi Lemke, die zunächst Sylvia Löhrmann das Wort erteilte.

### **Die politische Perspektive von Sylvia Löhrmann**

Die NRW-Spitzenkandidatin ging darauf ein, dass das Bildungssystem sich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen einstellen müsse. Hier sei qualifiziertes Lehrpersonal gefragt, das die Normalität der Gleichstellung vorlebt, ohne die spezifischen Unterschiede in Erziehung und Ausbildung zu vernachlässigen. Sie sehe jedoch ebenfalls Bedarf in den Elternhäusern neue Rollenbilder zu vermitteln.

Auf die Frage, wie diese politischen Forderungen mit der Autonomie der Schulen in Einklang zu bringen seien, erwiderte sie, dass diese Freiheit von einer lokalen Schulaufsicht begleitet werden müsse. Auch die Einkommensstruktur sei ein wichtiges Thema, da Gehaltsunterschiede deutlich zeigten, welche Arbeit als wichtig angesehen werde. Deshalb müssten auch Berufe im frühkindlichen Bereich und in der Primarschule besser bezahlt werden, denn diese Arbeit habe von sich aus einen Anspruch auf mehr Wertschätzung. Die Ausgaben dafür müssten endlich als lohnende Investitionen wahrgenommen werden. Der Forderung nach höheren Gehältern im Bildungssektor, nur um mehr Männer dafür zu werben, erteilte sie jedoch eine Absage.

Ein weiteres Problem sei die konsequente Steigerung des Leistungsdrucks, weshalb Kinder heute häufiger psychologischer Betreuung bedürften. Hier sei eine Entschleunigung notwendig, deren positiven Effekte letztendlich auch den wirtschaftlichen Interessen zugute kämen. Der Wunsch nach neuen Formen des Lernens ist laut Sylvia Löhrmann vorhanden, das zeigten verschiedene kommunale Projekte. Diese müssten jedoch mit dem Unwillen der Landesregierungen kämpfen, weswegen im Zweifelsfall durch Druck von unten ein Paradigmenwechsel erzwungen werden müsse.

### **Julia Karnicks Positionen zur Bildungssituation**

Frau Karnick unterstützte die Forderung nach einer Entlastung der Kinder und ergänzte, dass mit der Diskussion um Mädchen und technische Berufe eine gefährliche Entwertung der Künste und Kulturwissenschaften einhergehe. Die Wirtschaft sollte nicht völlig ausgeschlossen werden, sie dürfe jedoch keine vorrangige Position einnehmen. Zum System der Ganztagschule gab sie zu bedenken, dass es auch Mütter gebe, die dies wegen ihres Selbstverständnisses nicht wollten. Bei einer nur teilweisen Einführung bestehe aber die Gefahr, dass die Verweigerung, eine Ganztagschule zu besuchen, zu einem Aushängeschild der oberen Bildungsschichten werde. Der Kampf gegen den Leistungsdruck müsse aber auch vermehrt in der Gesellschaft stattfinden, denn dort sei die

Formel, dass viel Druck viel bringt, fest verankert. Reformen seien jedoch schwer zu vermitteln, da diese bisher immer nachteilig verlaufen seien, so Frau Karnick.

Die Platzvergabe bei den Kindertagesstätten kritisierte die Brigitte-Kolumnistin, denn das eigentliche Problem liege ihrer Meinung nach darin, dass arbeitende Eltern vorrangig Gutscheine für einen Platz bekämen. Dadurch würden aber oft genau die Kinder zu Hause gelassen, die dort keine Förderung erhielten.

Der Forderung, schlecht bezahlte »Frauenberufe« einfach durch mehr Geld aufzuwerten, stand sie skeptisch gegenüber, denn ein Mindestlohn würde ihrer Ansicht nach nicht automatisch zu mehr Anerkennung führen. Sie forderte, viel mehr Geld in die Bildung fließen zu lassen, um auch durch verbesserte Rahmendbedingungen (wie z. B. mehr Personal) gemeinsam mit besserer Bezahlung die Attraktivität der Bildungsberufe zu erhöhen.

### **Die Forderungen der Grünen Jugend vertreten durch Verena Schäffer**

Zum aktuellen Ausbildungsreport befragt, bemerkte Verena Schäffer, dass schon zu diesem frühen Zeitpunkt junge Frauen 22 Prozent weniger verdienten und häufig Berufe wählten, die zu prekären Anstellungen führten. Darum sei es wichtig, bereits in der Schule die bestehenden Rollenbilder aufzubrechen. Diese würden zwar woanders entstehen, jedoch sei die Schule die Institution, in der die Veränderungen beginnen sollten, da alle Kinder diese durchlaufen. Während im Kindergarten Mädchen ihre Leistungen noch realistisch einschätzten, würden sie diese in der Schule, besonders in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern, deutlich schlechter beurteilen, als es tatsächlich der Fall sei. Das Ziel müsste darin bestehen, junge Frauen zu mündigen, selbstbewussten Bürgerinnen zu erziehen.

Zur Förderung von Integration und Gleichstellung forderte Verena Schäffer die Einführung einer Kita-Pflicht. Hierfür sei es dringend erforderlich, Qualität und Umfang der Betreuung zu verbessern und diese kostenlos anzubieten. Von einer Verpflichtung seien aufgrund der bereits bestehenden hohen Betreuungsquote nur wenige Familien betroffen.

### **Reaktionen aus dem Publikum**

Eine praktizierende Psychologin unterstützte aufgrund eigener Erfahrungen mit Kindern in therapeutischer Behandlung die Forderung, den Druck an den Schulen zu mindern. Dies sei laut Astrid Rothe-Beinlich durch eine Reduzierung der verbindlichen Inhalte der Lehrpläne zugunsten berufsorientierender Maßnahmen zu erreichen. Eine ZuhörerIn ermahnte die Grünen, sich nicht mit der Klärung von Details aufzuhalten,

da die Länder verschiedener Lösungsansätze bedürften. Sie sollten lieber fragen, warum zum Beispiel für Autobahnen Gelder vorhanden seien, jedoch nicht für LehrerInnengehälter. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls geäußert, dass ein Ausbau der Betreuung nicht wieder über die ErzieherInnen finanziert werden dürfe. Der dadurch stattfindenden Entwertung müsste Einhalt geboten werden. Deutschland stehe in Sachen Bildungsausgaben laut der OECD gerade einmal im unteren Mittelfeld und dies sei einer der Gründe, die gegen eine ganztägige Betreuung angeführt würden.

Ein Aspekt, der einigen Zuhörerinnen in der Diskussion fehlte, war das Thema Demokratie in Schule und Universität, denn zur Gleichberechtigung gehöre auch, diese zu leben und die Kinder zu mündigen BürgerInnen zu erziehen.

Als Fazit des zweiten Panels ergaben sich folgende Forderungen und Ergänzungen, die im Bildungsbereich umzusetzen seien:

#### **Schulreformen**

- Abschied vom Prinzip »mehr Leistung durch mehr Druck«
- Konsequente Einführung einer Gesamtschule mit längerem gemeinsamen Lernen
- die individuelle Förderung von Kindern im gemeinsamen Klassenverband
- das Bewusstsein, dass Bildung mehr beinhaltet als die rein wirtschaftliche Verwertbarkeit, muss sich auch in den Lehrplänen widerspiegeln
- Geschlechtersensible und gleichberechtigte Pädagogik und kontinuierliche Fortbildungen für das pädagogische Personal

#### **Kindertagesstätten**

- Quantitativer und qualitativer Ausbau der Angebote
- Kostenlose Plätze für alle, nicht nur für arbeitende Eltern
- Konsequente Erhöhung der Betreuungsquote (wobei die Frage nach Pflicht oder freiwilligen Anreizen offen blieb)
- Anerkennung und Ausbildung der ErzieherInnen als qualifizierte PädagogInnen und entsprechende Bezahlung

#### **Allgemeines**

- Aufbrechen bestehender Rollenbilder in Gesellschaft und Bildungseinrichtungen
- Demokratisierung und Autonomie der Bildungseinrichtungen
- Wahrnehmung der Bildungsausgaben als Investitionen, die auch der Wirtschaft zugute kommen

### Panel III: Der Green New Deal – Was ist uns (Frauen)arbeit wert?

#### Moderation:

- Barbara Steffens (MdL NRW, arbeits-, sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion)

#### Referentinnen:

- Claudia Roth (Bundesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Dr. Ines Kappert (Ressortleiterin »Meinung und Diskussion« bei der taz und Autorin)
- Prof. Dr. Svetlana Franken (Professorin für Personalmanagement an der Fachhochschule Bielefeld)

Was ist uns Frauenarbeit wert? Zu dieser Frage wurde am zweiten Tag der Konferenz das letzte Panel unter der Moderation von Barbara Steffens abgehalten, die zu Beginn der Debatte dieses umfangreiche Thema in zwei Fragenkomplexe aufteilte:

1. Wie kann existenzsichernde Arbeit für Frauen geschaffen werden?
2. Ist Care-Arbeit in der Familie wirklich eine weibliche Pflicht?

#### Die Systemrelevanz der sozialen Arbeit

Ines Kappert äußerte, dass trotz aller gegenteiligen Behauptungen das Geld für die notwendigen Veränderungen vorhanden sei, nur leider sei aus der Finanzkrise nichts gelernt worden. Während Banken als »too big to fail« galten, wurde die Systemrelevanz des Bildungssektors einfach vergessen. Der unterstützenswerte Versuch, Mädchen für so genannten Männerberufe zu interessieren, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch wichtiger ist, so genannte Frauenberufe, also Erziehung und Pflege, aufzuwerten. Frauen haben in den Bereichen Gesundheit und Bildung einen klaren Wettbewerbsvorteil den sie nutzen sollten. Eine Aufwertung dieser Sektoren erfordert, dass die Gesellschaft einen »politischen Lohn« zahlt und Staatshilfen wie zum Beispiel Konjunkturpakete nach den Bedürfnissen beider Geschlechter ausgerichtet und somit auch in die Sektoren Bildung und Gesundheit fließen müssen.

Claudia Roth ergänzte, dass der Aspekt Gerechtigkeit als Säule der Gesellschaft besonders den sozialen Sektor betreffe. Der momentane Trend zur Privatisierung führe zwangsläufig zu einer brutalen, sozialen Spaltung, bei der die Würde des Menschen vom Geldbeutel abhängt. Um die Bedeutung sozialer Arbeit zu unterstreichen, brachte Frau Prof. Dr. Franken den Vorschlag ein, Tätigkeiten im familiären Bereich als für die Wirtschaft wichtige Leistung dem Bruttosozialprodukt zuzurechnen. Von den Teilnehmerinnen

wurde die gesellschaftliche Bedeutung unterstrichen und gefordert, diese auch in der Sozialversicherung anzuerkennen. Das grüne Progressivmodell wurde als gutes Beispiel dafür in die Diskussion eingebracht.

#### Der handlungsfähige Staat als Wegbereiter

Laut Dr. Kappert müsse ein handlungsfähiger Staat den Eliten das Heft aus der Hand nehmen, um die richtigen Weichen zum Beispiel im Care-Bereich zu stellen. Barbara Steffens erinnerte jedoch daran, dass die Forderung nach einem handlungsfähigen Staat nur einen Teil ausmache, denn, wie die Konjunkturpakete gezeigt hätten, sei der Blick auf die Verteilung der Mittel von mindestens ebenso großer Bedeutung wie deren Bereitstellung. Laut Dr. Ines Kappert würde es auch wegen der weit verbreiteten Annahme, dass die alleinige Aufgabe des Staates darin bestünde zu sparen, nicht voran gehen. Aufgabe des Green New Deal müsse es sein, eine positive Vision davon zu entwickeln, bei welchen Sektoren selbst in der Krise unbedingt investiert werden müsse. Claudia Roth bestätigte, dass dies einen Teil der Vision des grünen Gesellschaftsvertrages ausmache. Es müsse dabei aber auch eine Debatte über die Rolle des Staates geführt werden. Als staatliche Aufgabe müsse zum Beispiel das Thema Genderbudgeting unbedingt in der Diskussion bleiben. Sie plädierte zudem für mehr Offenheit in der Politik, in der immer noch eine sehr strikte Trennung nach weiblich und männlich besetzten Bereichen vorherrsche, die aufgebrochen werden müsse.

#### Ein neues Männerbild fordern und fördern

Mit Bezug auf die einleitende Aufteilung der Diskussion in zwei Komplexe erinnerte Barbara Steffens daran, dass mit den Aufstiegschancen nur eine Hälfte des Problems geklärt sei. Es bliebe nach wie vor die Tatsache bestehen, dass Frauen stärker in die Pflicht genommen würden, wenn es um die soziale Arbeit zu Hause gehe. Hier müsse es nicht nur eine Aufwertung geben, sondern auch eine Umverteilung, sodass zum Beispiel Familienpolitik nicht mehr automatisch als Frauenpolitik wahrgenommen werden würde.

Frau Dr. Kappert brachte in diesem Zusammenhang den Ansatz ein, »Männlichkeit als Politikum zu begreifen«. Sie hält das »Grüne Männermanifest« für einen wichtigen Beitrag, da die Emanzipation ohne Unterstützung durch das andere Geschlecht scheitere. Die existierenden Konzepte von Männlichkeit müssten deswegen um soziale Aspekte erweitert werden. Ein Differenz-Feminismus, der die Beschäftigung mit neuen Konzepten von Männlichkeit ablehne, sei kontraproduktiv und werde nicht zum Ziel führen.

Laut Claudia Roth sei männliches Engagement wichtig, denn es könne nicht Aufgabe der Frauen allein sein, ihrer Diskriminierung ein Ende zu

setzen. Sie befürwortete, dass das Manifest Gleichberechtigung auch aus eigennützigem und nicht altruistischen Gründen fordert. Aus dem Publikum kam hierzu die Anregung, Männer in ihrem Bestreben zum Umdenken zu verteidigen, damit Gleichberechtigung auch in den Familien Normalität werde.

### Migrantinnen in Deutschland

Barbara Steffens stellte fest, dass der heruntergewirtschaftete Bereich Gesundheit und Pflege momentan maßgeblich durch unterbezahlte Migrantinnen aufrechterhalten werde. Swetlana Franken ergänzte, dass diese doppelt benachteiligt seien, denn sie würden oft deutlich unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt und müssten für die gleiche Anerkennung sehr viel mehr leisten. Sie forderte ein Anrecht auf existenzsichernde Arbeit, Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine Chance, die gläserne Decke zu durchbrechen. Als Ansatz hierfür sieht sie die Einführung einer Quote, gezielte Förderung und die Schaffung von Vorbildern. Doch auch die Frauen selbst müssten Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung bilden und sich von den eingefahrenen Rollenklischees lösen.

Die Migrationsfrage an sich, so Claudia Roth, sei noch völlig ungeklärt, obwohl die multikulturelle Gesellschaft längst Realität sei. Ein Ergebnis davon sei laut Frau Franken die Nichtanerkennung von ausländischen Abschlüssen und die Aussortierung von StellenbewerberInnen nach ihren Nachnamen. Während es hierfür in anderen Ländern effektive Verfahren gebe, seien die vorgesehenen Prozesse hierzulande langwierig, kompliziert und undurchsichtig, sodass auf der einen Seite Fachkräftemangel herrsche und auf der anderen Potenzial in großem Umfang verschwendet werde.

Familienpolitisch gebe es kein homogenes Bild in Migrationskreisen, da diese selbst zu vielfältig seien, meinte Frau Prof. Dr. Franken. Doch zumindest einige Eckpfeiler hätten hier übergreifende Bedeutung. Die Erziehung sei beispielsweise überall ein wichtiges Mittel, um veraltete Traditionen aufzubrechen. Außerdem müsse den Frauen und ihrer Arbeit öffentlich Wertschätzung entgegengebracht werden, um dadurch auch deren Position in den Familien zu stärken.

### Frauen in Beruf und Karriere

Claudia Roth äußerte, dass massive Lohnunterschiede eine Gefahr für die Demokratie seien, da hierdurch soziale Gräben entstünden und davon seien besonders Frauen betroffen. Würdige, existenzsichernde Arbeit sei ein zentraler Bestandteil des Lebens und darum müsse endlich ein Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro verabschiedet werden.

Als besonders wichtigen Aspekt hob sie hervor, dass Macht und der offen geäußerte Anspruch darauf in der Allgemeinheit und sogar teilweise

unter Feministinnen als unweiblich und damit für Frauen nicht natürlich bzw. erstrebenswert angesehen würden. Diesen Punkt unterstützte Frau Dr. Kappert und forderte eine »ökonomische Alphabetisierung« der Frauen. Aus dem Publikum kam hierzu die Forderung, dass die Frauen aufhören müssten, den Wunsch nach verantwortlichen Positionen als etwas Schlechtes wahrzunehmen. Wenn die Übernahme wichtiger gesellschaftlicher Positionen in der Öffentlichkeit endlich auch als weiblich und positiv wahrgenommen werde, könnten Frauen die ihnen zur Verfügung stehende Macht auch einsetzen, um beispielsweise die Quote und die Aufwertung weiblicher Arbeit durchzusetzen. Frau Franken ergänzte, dass die Vermischung der Rollen in beide Richtungen verlaufen solle, da sonst das Risiko bestehe, dass Frauen auf dem Weg in Führungspositionen zu sehr typisch männliche Verhaltensweisen annähmen. Dies müsse verhindert werden, da Frauen andere Stärken aufwiesen und zum Beispiel Führungsaufgaben anders umsetzten als ihre männlichen Kollegen. Dass hier noch viel zu leisten sei, zeige sich laut Claudia Roth unter anderem in der typischen Forderung an den Arbeitsmarkt, Familie und Beruf in erster Linie für die Frauen vereinbar zu machen. Dennoch sei es richtig, wie eine ZuhörerIn anmerkte, Unternehmen für Familienpolitik als Standortfaktor zu sensibilisieren.

Ines Kappert brachte ein, dass im Green New Deal auch endlich offen über Arbeitszeitverkürzung gesprochen werden müsse, denn diese sei, besonders bei Frauen, längst Realität – aber eben ohne Lohnausgleich. Außerdem müsse Fürsorge auch als männliche Tugend eingefordert und akzeptiert werden. Die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie müsse auch eine Männerangelegenheit werden. Sonst werde keine weitere Emanzipation stattfinden.

### Fazit

Claudia Roth erklärte, sie nehme aus der Diskussion mit, dass es überaus wichtig sei, sich die bestehenden Ansprüche nicht nehmen zu lassen, wenn Frau endlich etwas erreichen wolle. Dies gelte in den nächsten Wochen ganz besonders für die Grünen in Nordrhein-Westfalen, die im Falle einer Regierungsbeteiligung unbedingt dabei unterstützt werden müssten, die Ideen des Green New Deal in den Koalitionsverhandlungen durchzusetzen. An konkreten Ansätzen konnten in diesem letzten Panel folgende Schwerpunkte herausgearbeitet werden:

#### Aufwertung der sozialen Arbeit

- Anerkennung der Systemrelevanz der Bereiche Bildung und Gesundheit
- Politische Durchsetzung von höheren Löhnen und einer Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro
- Ausweitung der gesellschaftlichen Verantwortung statt zunehmender Privatisierung
- Mehr staatliche Verantwortung durch bewusstes Genderbudgeting

### Integration

- Bekämpfung der immer noch alltäglichen Diskriminierung in Schule, Ausbildung und Beruf, zum Beispiel durch Verpflichtung zu anonymisierten Bewerbungsverfahren
- Transparente Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- Mehr Diskussion über die positiven Aspekte von Migration
- Förderung der Erziehung als Mittel der Integration und Chancenverbesserung
- Öffentliche Wertschätzung der Frauen im Rahmen der Diskussion um familiäre Strukturen

### Gleichberechtigung im Beruf

- Mindestlohn als Grundvoraussetzung für würdige Arbeit
- Anerkennung des rechtmäßigen und selbstverständlichen Anspruchs der Frauen auf Macht und Karriere
- Abkehr von dem Paradigma, es sei allein Aufgabe der Frauen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren

### Die Rolle der Männer im Kampf um Gleichberechtigung

- Unterstützung der »neuen Männer« gegen vorhandene Widerstände
- Definition einer neuen Idee von Männlichkeit, die die derzeitige Konzepte um soziale Aspekte ergänzen
- Das Aufbrechen überkommener Rollenverständnisse, um Männern und Frauen neue Freiräume und Möglichkeiten zu erschließen

## Workshop II:

### Workshop:

#### »Der Green New Deal in EINER Welt«

#### Moderation:

- *Andrea Asch (MdL NRW, Sprecherin Kinder-, Jugend- und Familienpolitik)*

#### Mit Input von:

- *Dr. Gülay Çağlar (wissenschaftliche Mitarbeiterin der Humboldt-Universität Berlin)*

Dr. Gülay Çağlar forscht über die Auswirkungen der Globalisierung auf Frauen. In ihrem Vortrag wies sie auf die Emanzipationseffekte der Globalisierung hin, wie z. B. der Tatsache, dass die Beschäftigungsquote der Frauen in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist. Gleichzeitig lassen sich aber auch negative Auswirkungen verzeichnen. Hierzu gehört die

dreifache Arbeitsbelastung von Frauen, die im Zuge der Budgetkürzungen im sozialen Bereich massiv verstärkt werden.

Dr. Çağlar widersprach der öffentlichen Wahrnehmung hierzulande, dass der Süden nicht so stark von der momentanen Krise betroffen sei wie der Norden. Hierbei würden die ökonomischen Verflechtungen verkannt. Sie betonte, dass sich die globale Finanzkrise auch geschlechtsspezifisch auswirke. Von der Krise seien besonders die Textilindustrie und der Dienstleistungssektor betroffen, in denen viele Frauen beschäftigt sind. Das Ausmaß der Auswirkungen hänge aber auch von den jeweils existierenden Geschlechterordnungen in den Gesellschaften ab.

Dr. Çağlar forderte, dass der Green New Deal nicht nur als industriepolitischer Ansatz für eine ökologisch bessere Entwicklung verstanden werden dürfe. Er müsse als sozial-ökologischer Ansatz gesehen werden, der auch die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation in den Blick nehme. Besonders wichtig sei die Stärkung des Dienstleistungssektors und hier vor allem auch der umweltnahen Dienstleistungen. Zudem müsse die Bildungspolitik gestärkt werden. Hierfür seien Maßnahmen auf internationaler, nationalstaatlicher und lokaler Ebene notwendig.

Andrea Asch schloss an Dr. Çağlars Input die Frage an, ob die Konzepte des Green New Deal zu einer verbesserten Situation der Frauen beitragen könnten. Sie plädierte für Konzepte der kleinbäuerlichen Strukturen.

Gülay Çağlar betonte, dass gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aspekte zusammengeführt werden müssten. Die Zahl der hungernden Menschen weltweit hätte mittlerweile eine Milliarde überschritten und die Entwicklungspolitik habe es nicht vermocht, diesen Trend umzukehren. Ein Grund hierfür sei auch, dass Frauen in entwicklungspolitische Maßnahmen nicht eingebunden würden.

Auch durch falsch verstandene Entwicklungspolitik würden mittlerweile viele Strukturen zerstört, sodass heute eine Reorganisation nötig sei. Ein Technologietransfer finde nur dann statt, wenn er mit den Menschen vor Ort entwickelt werde. Bei allen Aktivitäten müssten auch die bestehenden Verhältnisse vor Ort berücksichtigt werden. So hätten Frauen oftmals keine Verfügungsgewalt über die ihnen zugesprochenen Mikrokredite.

Neben Maßnahmen im Süden wurde darauf hingewiesen, dass die industrialisierten Länder umlenken müssten: eine Drosselung der Agrarproduktion und der Exportsubventionen sowie gleichzeitig eine Stärkung der lokalen Märkte sei nötig. Die Teilnehmerinnen sahen die Subsistenzwirtschaft als einen möglichen Teil der Existenzsicherung, durch den Klimawandel stark gefährdet, sodass sie nicht mehr als wirkliche Option realistisch sei. Es wurde prognostiziert, dass es zu verstärkten Wanderungen auf der Suche nach ackerfähigem Land komme.

Im Folgenden wurde über das Phänomen des »land-grabbing«, bei dem große Flächen an ackerfähigem Land von ausländischen Investoren gekauft oder gepachtet werden, diskutiert. Die Verlierer dieser Entwicklungen seien in erster Linie Frauen.

Einen wichtigen Faktor spielten für viele Länder des Südens die erneuerbaren Energien. Untersuchungen zeigten die großen emanzipatorischen Auswirkungen und die starken Arbeitserleichterungen durch ihren Einsatz auf. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Green New Deal die dezentrale Energiegewinnung fördere.

Die Teilnehmerinnen waren sich einig, dass es zu stärkerem Austausch und verstärkter Zusammenarbeit der Frauen des Nordens und des Südens kommen solle. Frauen des Südens seien in ihrem Kampf um mehr Emanzipation, wie beispielsweise das vielerorts realisierte Gender Budgeting zeige, in einer großen Zahl von Bereichen weiter als Frauen des Nordens.

Dr. Çağlar machte darauf aufmerksam, dass Gender Mainstreaming in den Ländern des Südens entstanden sei und plädierte dafür, dass der Dialog zwischen den Frauen dort und denen in den Ländern des Nordens ausgebaut und vertieft werden solle.

Bewusstseinsklärung besonders mit Blick auf die Konsumentinnenmacht sei notwendig. Es solle nicht nur darüber gesprochen werden, was in anderen Ländern besser gemacht werden könne, sondern jede/r solle sich fragen, was er/sie hier vor Ort ändern könne.

Eine Weltfrauenkonferenz zum Green New Deal wäre ein Ziel, das sich viele Frauen wünschten.

Abschließend fasste Andrea Asch die aus ihrer Sicht wichtigsten Erkenntnisse zusammen:

1. Eine Stärkung der Frauen dürfe nicht mit einer Stärkung der prekären Beschäftigungsverhältnisse einhergehen.
2. Eine alleinige Rückkehr zur Subsistenzwirtschaft könne nicht die Lösung sein. Um Wohlstand zu erreichen, müssten Überschüsse erwirtschaftet werden.
3. Der internationale Dialog unter Frauen und eine stärkere Vernetzung der Frauen weltweit sei notwendig, um voneinander lernen zu können.

### Workshop: »Zeitpolitik als Voraussetzung ‚Guter Arbeit‘«

Moderation:

- Brigitte Lösch (MdB Baden-Württemberg, Präsidium Bundesfrauenrat)

Mit Input von:

- Dr. Ulrike Schrapf (Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Beuth Hochschule für Technik Berlin, Mitglied des Zentrums für Zeitpolitik)

Zeitpolitik beschäftigt sich mit der Frage, wie ein Leben aussieht, das Erwerbsarbeit als notwendigen Teil des Ganzen einbezieht, anstatt sie getrennt zu betrachten und welche Bedingungen erfüllt werden müssen, um dieses Leben in Balance zu halten.

### Brigitte Lösch über das Arbeitsleben heute und in Zukunft

Im Rahmen der aktuellen Debatte um die life-work-balance gibt es laut Brigitte Lösch für eine gendergerechte Zeitpolitik eine Reihe zentraler Themen: An erster Stelle ist das die Vereinbarkeit privater Fürsorge mit dem Erwerbsleben und die Entzerrung der sogenannten »rushhour des Lebens«. Dieser Abschnitt zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr, in dem sich mit Ausbildung, Karriere, Familiengründung etc. die wichtigsten Ereignisse eines Lebens zusammenballen, müsse zeitlich ausgedehnt und damit entschleunigt werden. Die Politik habe jedoch umfangreiche Anpassungen verschlafen und halte immer noch an einem veralteten Lebenszeitmodell fest, das für viele Menschen in dieser Form nicht mehr funktioniere.

Das traditionelle Familienbild und die bisherigen Geschlechterrollen sind bereits seit einiger Zeit im Wandel begriffen, so Brigitte Lösch. Das Modell des Alleinernährers sei nicht mehr zeitgemäß. An seine Stelle müsse stattdessen das neue Leitbild des »Adult Workers« treten, das auf der unabhängigen Existenzsicherung jedes erwachsenen Menschen beruht.

Dies führe zwangsläufig zu neuen Herausforderungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Einerseits müssten Frauen endlich ihr Recht auf eine angemessene Teilhabe am Erwerbsleben zugestanden werden. Andererseits sei es jedoch ebenso wichtig, die Männer von ihrer Rolle als Alleinernährer zu trennen, damit sie mehr Zeit in die Familie und Sorgearbeit investieren können.

Hierfür seien strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft erforderlich. Deren Inhalt müsse die angesprochene Entzerrung und Entschleunigung, eine familienfreundliche Umgestaltung der Arbeitswelt und die Definition

einer Familienpolitik sein, die nicht primär unternehmerfreundlich sei, jedoch trotzdem noch die Anforderungen der Arbeitswelt mit einbeziehe.

### **Die Notwendigkeit einer Neubewertung von Leben und Arbeit**

Im Anschluss stellte Dr. Ulrike Schrap's in einer Einführung dar, welche Herausforderungen sich für die Arbeitswelt der Zukunft stellen werden.

Sie erklärte, dass es nach wie vor große Unterschiede bei den Karrierechancen von Männern und Frauen gebe. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung sei eine Humanisierung der verschiedenen Arbeitswelten. Kriterien für die Bewertung »guter Arbeit« seien das Vorhandensein von Handlungsspielräumen und zeitlichen Freiheiten und die Vermeidung objektiver Behinderungen. Wichtig seien zudem eine ausgewogene Mischung aus geistiger und körperlicher Betätigung sowie soziale Kontakte und Abwechslung am Arbeitsplatz.

Der Index des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Definition guter Arbeit sehe hingegen in erster Linie die Möglichkeiten zur Einflussnahme und Gestaltung und in diesem Zusammenhang auch die Karrierechancen im Fokus. »Weiche Themen« wie die Kollegialität würden zwar auch aufgeführt, stünden jedoch nicht so sehr im Mittelpunkt.

Nach einer aktuellen Studie beurteilen gerade einmal zwölf Prozent der ArbeitnehmerInnen in Deutschland ihr Beschäftigungsverhältnis als gut. Die überwältigende Mehrheit, so Ulrike Schrap's, habe eine weniger positive oder sogar schlechte Meinung von der eigenen Arbeitssituation. Frauen unterlägen hier zusätzlichen Belastungen, obwohl heutzutage viele bis zum 30. Lebensjahr wie ihre männlichen Kollegen ein Leben zwischen Arbeits- und Freizeitwelt führten, käme für sie dann die Frage nach Familie und/oder Karriere auf. Meist sei eine Entscheidung für beides nicht möglich oder mit überdurchschnittlichen Anforderungen an die Belastbarkeit und Organisationsfähigkeit verbunden.

Ein weiterer Punkt sei die gesellschaftliche Wahrnehmung eines »guten Lebens«. Die überholte Vorstellung einer arbeitsreichen und finanziell lohnenswerten Karriere als Bewertungsmaßstab müsse mindestens ergänzt werden. Aspekte wie die Qualität der verfügbaren Lebenszeit, welche sich beispielsweise daran zeige, wie konsequent Phasen der Erholung von der Arbeit getrennt werden könnten, spielten dabei eine wichtige Rolle. Doch auch die Qualität der Erwerbstätigkeit müsse betrachtet werden.

Hier seien auch die ArbeitnehmerInnen selbst gefragt, Änderungen in Gang zu setzen, indem sie beispielsweise ihr Recht auf Krankschreibungen im Bedarfsfall nutzen, anstatt sich selbst immer weiter zu treiben. Depressionen seien laut Ulrike Schrap's schließlich der mit Abstand häufigste Grund für den Rückzug aus dem Arbeitsleben.

Auch mit den Unternehmen müsse bei der Frage der Zeitpolitik zusammengearbeitet werden. Potenziale böten hier vor allem kleine und mittelständische Unternehmen. Ulrike Schrap's' Ansicht nach bestünden hier auf regionaler Ebene viele Möglichkeiten, zeitpolitische Bündnisse zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zu schließen.

Doch auch politisch müsse und würde sich langsam etwas bewegen. Beispielsweise sei die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik an der Ausarbeitung des siebten Familienberichts beteiligt gewesen, in dem das Thema Zeitpolitik erstmals Erwähnung gefunden habe. Darin werde festgehalten, dass das Alleinernährermodell für sich nicht mehr haltbar sei und in ein neues System überführt werden müsse, in dem beide PartnerInnen ihren Teil zur Versorgung beitragen. Zusätzlich werde mit diesem Bericht erstmals seit langem wieder das Thema der Arbeitszeitverkürzung in die politische Debatte zurückgeholt. Weiterhin werde ein Recht auf Freistellung anerkannt und die Gründung eines Arbeitskreises zur Untersuchung der Frage nach der Qualität des Lebens sei angekündigt.

### **Anregungen und Forderungen der Teilnehmerinnen**

Die sich den Vorträgen anschließenden Fragestellungen des Workshops und deren Diskussion standen ganz im Zeichen der Formulierung konkreter Lösungsansätze für die von Brigitte Löscher und Ulrike Schrap's dargestellten Herausforderungen. Beispielsweise wurde gefragt, ob individuell nun eher mehr Zeit oder mehr Geld notwendig wäre, um die bestehenden Probleme zu lösen, und welche Bedeutung die heftig diskutierten Themen Ganztags- und Kleinkindbetreuung im Rahmen der Zeitpolitik haben. In diesem Zusammenhang wurde auf das oft erwähnte Beispielland Schweden verwiesen. Das Vorhandensein von Kindergärten in den Betrieben sei dort nicht die erwähnenswerte Ausnahme, sondern der Normalfall. Weibliche Führungskräfte könnten so problemlos den Anforderungen ihres Berufs nachkommen und würden ihre Kinder trotzdem zugleich gut versorgt und in der Nähe wissen.

Ein weiterer Punkt, der auch auf der gesamten Konferenz immer wieder angesprochen wurde, betrifft die Abschaffung des Ehegattensplittings als zentrales Hemmnis für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik. Solange es einen steuerlichen Anreiz dafür gebe, dass das zweite, meist weibliche, Einkommen ein reiner Nebenverdienst bleibe, könne die berufliche Gleichstellung keinen Erfolg haben. Derartige gesamtgesellschaftliche Weichenstellungen seien, wie die Teilnehmerinnen des Workshops feststellten, mindestens ebenso wichtig wie die Schaffung individuell formbarer Lösungen für bestimmte Herausforderungen. Strukturen wie beispielsweise dem tief in der Bevölkerung verankerten Bild vom Alleinernährer müsse auf breiter Front begegnet werden, damit einzelne, konkrete Veränderungen eine Chance hätten.

Von den Teilnehmerinnen wurde auch die Frage gestellt, wie denn eine »gute« Partei aussehen solle. In der Politik würde es genau die gleichen Probleme geben wie in der freien Wirtschaft und darum sei es auch hier notwendig, der Vereinbarkeit von Familie und Arbeit einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.

### Workshop: »An die Zukunft denken: eigenständige Alterssicherung von Frauen«

Moderation:

- *Irmingard Schewe-Gerigk (Vorstandsvorsitzende Terre des Femmes e.V.)*

Mit Input von:

- *Dr. phil. Mechthild Veil (selbständige Sozialwissenschaftlerin in Frankfurt am Main in dem von ihr gegründeten »Büro für Sozialpolitik und Geschlechterforschung in Europa«)*

Das Thema der finanziellen Absicherung im Alter ist durch den sich immer deutlicher abzeichnenden demographischen Wandel zu einer der zentralen Herausforderungen für die Zukunft unserer Gesellschaft geworden. Frauen sind von der Gefahr eines Rentendaseins in Armut derart überproportional betroffen, dass an dieser Stelle durchaus von einem spezifisch weiblichen Problem gesprochen werden kann.

### Referat zur Situation der (weiblichen) Rente in Deutschland

Dr. Mechthild Veil, eröffnete den Workshop mit einem Überblick über die aktuelle Situation der Rentenversicherung im Allgemeinen und Speziellen für Frauen. Die Absicherung beruhe auf drei Säulen, der gesetzlichen, der betrieblichen und der privaten Vorsorge, wovon die erste mit 85 Prozent aller Alterseinkommen noch den Hauptanteil ausmache.

Diese staatliche Rente, so Mechthild Veil, basiere auf den Ideen des Generationenvertrages und der Solidarität. Die Leitbilder dieser Form der Versicherung seien jedoch der männliche Alleinernährer und der so genannte »Eckrentner«, d.h. eine Person, welche die Regelaltersgrenze erreicht hat und 45 Jahre lang Beiträge entsprechend einem Durchschnittsgehalt in die gesetzliche Rentenvorsorge einbezahlt hat. Dies spiegele sich deutlich in der Zusammensetzung der Gesamrente von Männern und Frauen wider. Für letztere bestehe ein wesentlicher Teil der vollen Summe aus den Zahlungen der Hinterbliebenenrente, d.h. von verstorbenen Ehemännern. Aber auch generell bleibe die Durchschnitts-

rente für Frauen deutlich hinter den Leistungen für Männer zurück. Als Gründe hierfür führte sie familiär bedingte Berufspausen oder längere Beschäftigungsverhältnisse in Teilzeit an. Ein zentraler Faktor sei jedoch die allgemein schlechtere Bezahlung weiblicher Erwerbsarbeit. Durch das bestehende Rentenversicherungsmodell bauen sich diese Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei dem Erwerb von Rentenanwartschaften letztendlich zu einer massiven Lücke bei den Rentenansprüchen auf. Für Frauen stelle dies ein Armutsrisiko dar, wenn sie nicht in finanzieller Abhängigkeit eines Partners stehen wollen.

Die zweite Säule, die betriebliche Altersvorsorge, habe in früheren Zeiten als eine Art Treueprämie für langjährige Tätigkeit in einem Betrieb gegolten, weswegen sie vornehmlich durch die Arbeitgeber finanziert wurde. Seit einigen Jahren werde diese Altersvorsorge jedoch mehr und mehr zu einer Kompensation von Ausfällen bei der Gesetzlichen Rentenversicherung umgebaut. Dies subventioniere der Staat zusätzlich durch steuerliche Vergünstigungen.

Auch hier seien Frauen wiederum stark benachteiligt, da sie im Schnitt nicht einmal die Hälfte der Betriebsrente ihrer männlichen Kollegen aufbauen könnten. Hinzu komme, dass bei dieser Form der Vorsorge keine generationenübergreifende Solidarität, sondern nur eine versicherungsmathematische Logik eine Rolle spielen. Frauen würden dadurch aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung benachteiligt. Zudem werden nicht-versicherungspflichtige Beschäftigte aus diesem System völlig ausgeschlossen. Angesichts der zunehmenden Bedeutung dieses Teils der Alterssicherung sei diese Entwicklung aus frauenpolitischer Perspektive besonders besorgniserregend.

Die dritte Säule der finanziellen Absicherung im Alter, private Vorsorgemodelle wie die Riester-Rente, bauen ebenfalls auf einem rein versicherungsmathematischen, individuellen Ansatz auf. Dieser werde jedoch, so Mechthild Veil, zumindest ansatzweise durch steuerliche Zulagenförderungen für kinderreiche Familien und geringe Einkommen ausgeglichen. Außerdem gebe es zumindest für Abschlüsse ab 2006 Unisex-Tarife, wodurch der besonderen Benachteiligung der Frauen begegnet werden solle. Doch auch diese Form der Alterssicherung ändere nichts an der Tatsache, dass die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung in Zukunft nicht mehr als existenzsichernd gelten kann. Der aktuelle Trend gehe eindeutig zu einer selektiven Kompensation durch betriebliche und private Vorsorge. Frauen seien hier besonders benachteiligt, denn sie beziehen durchschnittlich ein geringes Einkommen als Männer und fallen dadurch häufiger aus diesen Formen der Alterssicherung heraus. Die größte Herausforderung für die Zukunft sei somit, auch im Sinne eines geschlechtergerechten Rentenmodells, die aktuell fehlende Absicherung nach unten.

### Die Diskussion im Workshop

Irmingard Schewe-Gerigk erläuterte, dass ein erklärtes Ziel der grünen Politik darin bestehe, den Frauen in Zukunft eine eigenständige Alterssicherung zu ermöglichen. Dies sei allerdings nur dann zu erreichen, wenn Frauen den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhielten und ohne längere Unterbrechungen in Vollzeit arbeiten würden.

Es wurde die Frage aufgeworfen, woher die hierfür benötigten Arbeitsplätze kommen sollen und was geschehen würde, wenn Frauen aufgrund bestimmter Lebensumstände oder alternativer Lebensentwürfe diesem neuen Bild nicht entsprechen möchten, oder die an sie gerichteten Erwartungen nicht erfüllen können. Ein nachhaltiges Rentenmodell müsse den heute bereits sichtbar werdenden neuen Erwerbssituationen und Lebensvorstellungen angepasst werden, um Altersarmut zu vermeiden.

Als guten Lösungsansatz erläuterte die Moderatorin das Modell der grünen Garantierente. Diese hat zum Ziel, dass auch Geringverdienende, Teilzeiterwerbstätige oder Menschen mit unterbrochener Erwerbsbiografie im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Diese Garantierente wird aus Steuermitteln finanziert, damit auch Reiche und Gutverdienende an der Finanzierung beteiligt werden. Dazu gehört auch, die Renteneinzahlung für Langzeitarbeitslose anzuheben und ein höheres Schonvermögen für die Altersvorsorge zuzulassen. Damit Frauen und Männer eigene Rentenansprüche aufbauen können, soll ein Splitting schon in der Ehe obligatorisch sein, und nicht wie heute üblich, erst bei Eintritt in das Rentenalter. Die gemeinsamen Anwartschaften von Paaren werden dabei je zur Hälfte ihren Rentenkonten gutgeschrieben. Damit werden Anrechte neu aufgebaut und Rahmenbedingungen geschaffen, die Erwerbsarbeit von Frauen begünstigen.

Die Debatte drehte sich auch um die Frage, ob gute Alterssicherung allein in Zahlen ausgedrückt werden könne. Dieser Aspekt der privaten Vorsorge verursache schließlich zum Teil die sozialen Probleme, da die von den Versicherungen akkumulierten riesigen Summen am Kapitalmarkt in erster Linie mit Blick auf die Rendite eingesetzt würden.

Die Diskussion wurde sehr lebhaft und nah am Thema geführt. Auch wenn es aufgrund der Komplexität der aufgeworfenen Fragen nicht möglich war, abschließende Antworten zu formulieren, kann ein zentrales Ergebnis des Workshops festgehalten werden. Die Alterssicherung darf nicht allein darauf bauen, dass alle Frauen durch neue Jobs in Zukunft wie die Männer ebenfalls zu »Eckrentnerinnen« werden. Die Entwicklung neuer Versicherungsmodelle für eine gerechtere Verteilung und die Grundsicherung aller muss unter anderem den Wert des von Frauen heute »gratis« geleisteten Dienstes an der Gesellschaft und die Entstehung neuer Wege der Lebensgestaltung berücksichtigen.

### Workshop:

#### »Gehören wir auch dazu? Migrantinnen in Pflegeberufen«

Moderation:

- *Franza Drechsel (Frauen- und Genderpolitische Sprecherin der GRÜNEN JUGEND)*
- *Linda Michalek (Mitglied der Friedenspolitischen Kommission der GRÜNEN JUGEND)*

Mit Input von:

- *Barbara Steffens (MdB NRW, arbeits-, sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion)*

Dieser Workshop war sehr partizipativ gestaltet und behandelte die drei Themenkomplexe: Pflegebedürftigkeit, Migration und Geschlecht.

In ihrer Einführung stellte Barbara Steffens den Teilnehmerinnen des Workshops vor, wie die Pflegeversorgung in Deutschland gestaltet ist. Das heutige System ist auf eine stationäre Unterbringung in möglichst großen Heimen ausgelegt, wohingegen die Mehrheit der Pflegebedürftigen es vorziehen würde, zu Hause versorgt zu werden. Diesem Wunsch personell nachzukommen und dabei ein sozial gerechtes Finanzierungssystem zu garantieren, ist von staatlicher Seite derzeit unmöglich.

Um eine ganztägige Betreuung pflegebedürftiger Menschen zu Hause sicherzustellen, wären jeweils drei bis vier PflegerInnen notwendig – Schichtwechsel sowie Vertretung in Urlaub und Krankheitsfall inklusive – wofür monatlich Kosten in Höhe von mindestens 10.000 Euro entstehen würden. Dies können sich nur sehr Wenige leisten. Zudem ist oft niemand aus der Familie bereit oder in der Lage, die Betreuung zu übernehmen, sei es aus beruflichen und damit zeitlichen, oder persönlichen Gründen.

Die so entstandene »Pflegelücke« schafft einen Markt, in dem viele Migrantinnen als »24h-Live-Ins« oder als »Pflegesklavinnen« illegal beschäftigt werden. Je nach Aufenthaltsstatus werden sie besser oder schlechter bezahlt, sind jedoch immer völlig von ihren ArbeitgeberInnen abhängig. Zumeist werden ihnen Kost und Logis geboten, sowie ein kleines Gehalt von ca. 1000 bis 1500 Euro.

Migrantinnen, die ohne gültigen Aufenthaltsstatus oder ohne Arbeitserlaubnis in Deutschland leben, zu legalisieren, wäre zwar ein richtiger Schritt hin zu einem menschenwürdigeren Dasein der Betroffenen, löst aber das Problem des Pflegenotstands nicht. Beispiele aus Österreich und Italien zeigen, dass dies lediglich dazu führt, dass sich kaum noch jemand die dadurch entstehende finanzielle Mehrbelastung leisten kann oder will. Es ist zu befürchten, dass die legalisierten Arbeitskräfte arbeitslos werden, während zunehmend wieder auf billigere, als »Pflegeassistenten« bezeichnete Migrantinnen zurückgegriffen wird. Deshalb braucht es

dringend ein grundlegendes Umdenken und eine finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung und Anerkennung von Pflegedienstleistungen. Der hohe Anteil an Schwarzarbeit in diesem Sektor ist weit verbreitet. Sozialversicherungspflichtige Anstellungen können oft nicht finanziert werden, oder die Bereitschaft dazu ist nicht vorhanden. Andererseits sind viele Frauen bei einem so geringen Lohn nicht bereit, davon noch Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen. Darum wird Schwarzarbeit von beiden Seiten sowohl geduldet als auch möglichst versteckt und totgeschwiegen. Dadurch ist eine Selbstregulierung fast unmöglich. Sanktionen könnten hier ein Weg sein, um zum Umdenken anzuregen.

Eine weitere Dimension dieses Problems ist die Globalisierung des Phänomens: Da Pflege immer noch als familiäre, weibliche Pflicht angesehen wird, sehen sich vor allem Frauen unter dem Druck, als »Ausgleich« für ihre Karriere einen Ersatz für sich selbst zu stellen. Auch wegen des Fachkräftemangels greifen sie dabei beispielsweise auf Arbeiterinnen aus Polen zurück, die hier illegal mehr verdient als legal in ihrer Heimat. In entsprechendem Umfang sorgt dies zwangsläufig für einen mindestens genauso problematischen Mangel an Angestellten in Polen, der dort wiederum durch entsprechend billige Kräfte aus der Ukraine kompensiert wird. Das Problem wird nicht gelöst, sondern nur immer weiter verschoben und dabei haben die illegal Beschäftigten ebenso wie die Pflegebedürftigen, die von dieser globalen Wanderungsbewegung zurückgelassen werden, Nachteile.

### Wie kommen wir aus dieser Situation heraus?

Die demografische Entwicklung bedingt, dass Frauen unter den alten und pflegebedürftigen Menschen überproportional vertreten sind. Es gibt jedoch konkrete Ansätze, wie sich die Problematik der Pflegekosten mit dem Wunsch, zu Hause zu leben, vereinen ließe. Hierzu zählen zum Beispiel Wohngemeinschaften, d.h. kommunal-solidarische Betreuungsangebote. Doch auch die Finanzierbarkeit einer staatlich subventionierten Pflege im eigenen Zuhause muss diskutiert werden. Hier könnte das Beispiel des in Schweden praktizierten Systems wichtige Impulse liefern.

Eine konkrete Antwort auf die Frage, wie man gegen die illegale Beschäftigung von Migrantinnen im Pflegesektor vorgehen könnte, wurde, abgesehen von generellen migrationspolitischen Forderungen, im Rahmen des Workshops leider nicht gefunden. Barbara Steffens meinte jedoch, dass es letztlich darum gehen muss, Rollenbilder aufzubrechen.

Noch immer wird davon ausgegangen, dass Pflege familiär geregelt werden kann und folglich in erster Linie Frauen diese Aufgabe zufällt. Neue Rollenbilder, die sowohl den Männern als auch der Gesellschaft als Ganzes einen gerechten Teil der Verantwortung zuweisen, könnten dazu führen, dass diese Pflichten nicht mehr billig an Migrantinnen abgegeben wird.

Auch sollten Frauen und Männer, die arbeitslos sind und über die notwendigen Voraussetzungen verfügen, über Umschulungen die Möglichkeit haben, in den Pflegeberuf zu kommen.

Wichtig ist grundsätzlich, dass das Thema vernetzt gedacht wird: Arbeitsmarktpolitik muss mit Pflege- und Migrationspolitik verbunden werden, um zur besten Lösung zu kommen.

### Workshop: »Wie entsteht Solidariät?«

Moderation:

- Anja Kofbinger (MdB Berlin, Präsidium Bundesfrauenrat)

Mit Input von:

- Beate Müller-Gemmeke (MdB, Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte)

Beate Müller-Gemmeke führte zunächst in das Thema ein und beschrieb den gegenwärtigen Wandel im Bereich der Erwerbsarbeit. Heute existieren viel mehr flexibilisierte Arbeitsverhältnisse als früher. Etwa 12,8 Millionen Menschen würden in Teilzeit, Minijobs und sonstigen sogenannten atypischen Arbeitsverhältnissen arbeiten. Auch die Zahl der prekär Beschäftigten und der sogenannten AufstockerInnen läge mit 1,3 Millionen Menschen sehr hoch. Als AufstockerInnen werden Erwerbstätige bezeichnet, die von ihrer Arbeit nicht leben könnten, auch wenn sie Vollzeit arbeiten und die deshalb zusätzlich Transferleistungen beziehen. Beate Müller-Gemmeke geht zudem davon aus, dass 500.000 Erwerbstätige gar nicht erst »zum Amt« gehen würden um Leistungen zu beantragen.

Frauen seien von dieser bedauerlichen Entwicklung besonders betroffen, da ca. 80 Prozent der Minijobs und ca. 70 Prozent der Teilzeitstellen von Frauen besetzt würden. Dadurch könnten sie keine angemessenen Ansprüche für ihre spätere Altersversorgung erarbeiten und sind von Altersarmut bedroht.

### Wie kann der Trend gebrochen werden, was sind »grüne« Forderungen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, wie Beate Müller-Gemmeke in ihrem Einführungsreferat erläuterte, eine gerechtere Bewertung von Arbeit. Es sei beispielsweise nicht hinnehmbar, dass die Altenpflegerin, die Schichtarbeit und Wochenenddienst in einem Heim leiste, weniger verdiene als der Hausmeister dieses Heimes. Lohnungleichheit entstehe, weil die Pflegearbeit als typische »Frauenarbeit« im Durchschnitt im-

mer schlechter bezahlt würde. Das sei ein Problem bei praktisch allen typischen »Frauenberufen«.

Eine weitere wichtige Forderung sei die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, da ein großer Anteil der erwerbstätigen Frauen in den schlechter bezahlten Jobs arbeiten würde. Um Frauen auch nach einer längeren Familienzeit den Einstieg in einen Job wieder zu ermöglichen, sei ein mit öffentlichen Mitteln geförderter sozialer Arbeitsmarkt ein wichtiger Schritt. Zudem wurde angemerkt, dass der Gesetzgeber vor kurzem die Unterhaltsberechtigung von Frauen nach einer Scheidung drastisch beschnitten habe. Nun müsse dringend dafür gesorgt werden, dass sich Frauen, die nach einer Erwerbsunterbrechung dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung stehen, auch eine Arbeit finden können, die ihren Unterhalt absichert. Hier müssten auch vermehrt Existenzgründungshilfen für Frauen angeboten werden.

Abschließend befassten sich die Teilnehmerinnen mit der Frage, ob die Grundsicherung oder das Grundeinkommen geeigneter wäre um gesellschaftliche Solidarität stärken zu können. Über diesen Punkt wurde am lebhaftesten diskutiert ohne detailliert auf die verschiedenen Modelle einzugehen. Die schwierige Frage: »Wie entsteht Solidarität?« konnte in dem engen Zeitrahmen des Workshops jedoch nur ansatzweise beantwortet werden.

### Workshop: »Mit Familie arm dran?«

*Moderation:*

- Judith Hasselmann (Präsidium Bundesfrauenrat)

*Mit Inputs von:*

- Dr. Jutta Träger (Studienrätin im Hochschuldienst am Institut für Politikwissenschaft im Bereich Sozial- und Bildungspolitik an der Justus-Liebig-Universität Gießen)
- Karin Hofmann (Geschäftsführerin von Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.)

Judith Hasselmann eröffnete diesen Workshop mit einer Soziometrischen Abfrage unter den Teilnehmerinnen. Dazu wurden eine Reihe von Aussagen in den Raum gestellt, zu denen sich die Teilnehmerinnen auf einer Linie aufstellen sollten, um den Grad ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung zu signalisieren. Anschließend hatte jede der Frauen Gelegenheit, sich zu ihrer Entscheidung mit einem kurzen Statement zu äußern. Hierbei stellte sich heraus, dass beinahe alle Anwesenden bereits einmal Zeiten erlebt hatten, in denen sie ihren Lebensunterhalt mit äußerst begrenzten Mitteln bestreiten mussten.

Bei der Frage, ob die Teilnehmerinnen glaubten, dass frau sich aus einer Situation der Armut selbst befreien könne, positionierten sich fast alle in der Mitte zwischen den Linien. Als Grund gaben die meisten an, dass es natürlich auch eine Frage der Persönlichkeit und des Willens sei. Frauen würden gerade anfangen umzudenken und beispielsweise lernen, dass ihre Karriereentscheidungen in direktem Zusammenhang mit der Altersversorgung stehen. Andererseits könne es ohne staatliche Unterstützung, wie einer ausreichenden Anzahl bezahlbarer Kita-Plätze, nicht funktionieren.

### Die Situation der Familien in Deutschland

Frau Dr. Jutta Träger von der Justus-Liebig-Universität Gießen begann ihr anschließendes Referat mit dem Hinweis, dass Deutschland laut verschiedener Studien der OECD viel zu verbessern habe, denn Kinder zu bekommen sei hierzulande mit einem erheblichen Armutsrisiko verbunden. Von dieser Gefahr seien jedoch sehr spezifische Bevölkerungsgruppen betroffen: Alleinerziehende, Mehrkinderfamilien, Familien ohne Erwerbseinkommen und Eltern, die geringfügig oder im Niedriglohntor beschäftigt sind. Mitverantwortlich sei die politische Förderung des veralteten Alleinerzehrprinzips, das angesichts niedriger Löhne und steigender Ausgaben nicht mehr funktioniere. Deutschland gebe, so Frau Dr. Träger, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, sehr viel Geld für sog. Familienleistungen aus. Diese Transferleistungen könnten jedoch die bestehenden strukturellen Probleme nur bedingt kompensieren. Besonders beim Phänomen der »vererbten Armut«, wenn Familien sich über Generationen hinweg nicht aus materieller Not befreien können, würden diese Maßnahmen nicht mehr greifen.

Bei erwerbslosen Alleinerziehenden ist die Situation besonders schwierig. Der durchschnittliche Bedarf für den Lebensunterhalt eines Elternteils mit zwei Kindern beispielsweise ist höher als der Regelsatz, der einer solchen Familie nach dem Sozialgesetzbuch zusteht. Dies sei der vorprogrammierte Weg in die Verschuldung und davon seien generell die unteren zehn bis 20 Prozent der Einkommensgruppen betroffen. Darum forderte Frau Dr. Träger einen deutlichen Ausbau der Kinderbetreuung, denn der Erfolg in anderen Ländern habe gezeigt, dass Investitionen in die Förderung der Kinder weniger Armut, eine höhere Müttererwerbsquote und bessere schulische Leistungen brächten. Doch laut Jutta Träger zeigen die aktuellen statistischen Zahlen, dass sich in Deutschland nichts bewegt hat. Frauen müssten durch die Gründung von Familien immer noch erhebliche berufliche Nachteile in Kauf nehmen, während sich für die Männer kaum Einschränkungen ergäben. Dass Arbeit allein jedoch nicht die Lösung sei, zeige die hohe Frauenquote im Bereich der Teilzeitbeschäftigung, in der eine ausreichende soziale Absicherung nicht gegeben ist.

Fazit: Kinder zu haben ist nicht zwangsweise mit einer Benachteiligung in der Wohlstandsverteilung verbunden. Die Familien in Deutschland

seien sehr heterogen und dieser Tatsache und den damit verbunden, teils sehr verschiedenen Bedürfnissen, müsse von politischer Seite Rechnung getragen werden, um die Armut effektiv bekämpfen zu können.

### **Wie kann Frauen aus der Erwerbslosigkeit geholfen werden?**

Karin Hofmann vom Verein Frauen gegen Erwerbslosigkeit berichtete, dass in den letzten Jahren verstärkt Projekte entwickelt wurden, in denen Frauen Wege aus der Arbeitslosigkeit aufgezeigt werden sollen. Die besondere Herausforderung hierbei sei, dass alte und junge sowie deutsche Frauen und solche mit Migrationshintergrund gleichermaßen betroffen seien und sehr verschiedene Hilfsangebote benötigten. Ihr Verein bemühe sich deshalb um eine möglichst individuelle Betreuung. Auffällig sei die steigende Zahl von Langzeitarbeitslosen, denen Ausbildung und Qualifikation fehle, da sie zum Beispiel wegen der Kindererziehung zu lange aus ihrem ursprünglichen Beruf heraus gewesen seien. Ein Grund liege auch bei den Unternehmen, die die Möglichkeit nicht nutzten, Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen in Teilzeit anzubieten. Eingestellt würden zudem fast nur junge Menschen. Die staatliche Förderung sei oft zu kurz, um diese Schulungen auch in Teilzeit durchführen zu können. Dies mache es Frauen mit Kindern übermäßig schwer, wieder in das Berufsleben einzusteigen.

### **Beiträge der Teilnehmerinnen**

Aus der Runde der Teilnehmerinnen kam die Forderung, die Kinderbetreuung nicht nur auszubauen, sondern auch qualitativ zu verbessern, beispielsweise durch eine bessere Ausbildung des pädagogischen Personals. Außerdem müsse die Familienförderung endlich bei den Menschen ankommen, die sie am dringendsten benötigten. Besonders Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern würden von den existierenden Maßnahmen nur selten profitieren. Eine weitere große Herausforderung wurde in einer Bildungspolitik gesehen, der es gelingt, Kinder unabhängig von ihrer familiären Situation zu fördern, um der »Vererbung« von schlechter Ausbildung und Armut zu begegnen. Dazu müsse auch, die Elternarbeit intensiviert werden.

Ein weiteres Problem sei die große Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die viele Menschen, auch AkademikerInnen dazu bewege, sich gegen die Gründung einer Familie zu entscheiden. Wenn sie dennoch Eltern werden, Sorge das fast nur noch in Deutschland existierende Ehegattensplitting für das eingangs angesprochene Problem, dass Frauen aus dem Berufsleben ganz oder teilweise aussteigen. Die Folgen hiervon seien bekannt und deswegen sei es völlig absurd, weiter an diesem System festzuhalten. Die Teilnehmerinnen vermuteten jedoch, dass sich dies wahrscheinlich auch noch lange nicht ändern lasse, weil das Beharrungsvermögen der konservativen Kräfte in der Politik hier besonders hoch sei.

### **Fazit des Workshops**

Neben der Forderung nach quantitativem und qualitativem Ausbau der Kinderbetreuung als direktem Mittel der Bekämpfung familiärer und besonders weiblicher Armut sahen die Teilnehmerinnen des Workshops die Flexibilisierung und Individualisierung der staatlichen Unterstützung als größte Herausforderung bei der Lösung der bestehenden Probleme. Die bisherige Taktik der Entwicklung von Maßnahmen als Allheilmittel für alle funktioniere nicht. Die umfangreich finanzierten Hilfen würden oft nutzlos verpuffen und nicht bei den Betroffenen ankommen. Im Zusammenspiel mit Vereinen, wie dem von Frau Hofmann, würden diese vereinheitlichten Angebote manchmal sogar ein Hindernis bei der Suche nach einem Ausweg aus Armut und Arbeitslosigkeit darstellen. Der Staat müsse darum bei der Zusammenstellung von Präventions- und Hilfsangeboten mehr Individualität zulassen und mit den Hilfsprojekten an der Basis zusammenarbeiten und dafür sorgen, dass gerade in kleineren Projekten personelle Ressourcen für die Fördergeldbeantragung vorhanden sei, da die Leistung von ehrenamtlicher Arbeit in diesem Bereich keine nachhaltige Strategie bedeute.

## **Der Green New Deal – ein guter Deal für Frauen!**

### **Erklärung zur Bundesfrauenkonferenz am 17./18. April 2010 in Bonn**

*Von Claudia Roth, Astrid Rothe-Beinlich und Sylvia Löhrmann*

Keine Frage: Auch und gerade in der Krise muss investiert werden. Wenn, dann aber richtig. Uns geht's dabei ums Ganze: Klimaschutz, Bildung und umfassende Gerechtigkeit. Dazu gehört ganz zentral die Gleichstellung von Frauen und Männern – und zwar auf allen Ebenen, in allen Bereichen und: von Anfang an. Der Grüne New Deal ist deshalb auch für Frauen ein guter Deal. Es ist der einzige Weg, auf dem wir unsere Wirtschaft und unser Arbeitsleben nachhaltig und zukunftsfähig gestalten können.

Dazu gehört vor allem gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Vor über 50 Jahren wurde dieses Ziel in den Römischen Verträgen festgeschrieben – unter Schwarz-Gelb geht jedoch die Schere beim Lohnunterschied immer weiter auseinander. Frauen verdienen in Deutschland heute im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Ein Skandal, den wir nicht hinnehmen und der nach einer anderen Politik verlangt. Frauenarbeit leistet 100 Prozent – das muss sich auch beim Gehalt ausdrücken!

Schwarz-Gelb hat sich in Sachen Frauenpolitik ein Armutzeugnis ausgestellt – im Bund genauso wie in Nordrhein-Westfalen. Ein Mindestlohn, der vor allem Frauen unterstützen würde und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sind nicht in Sicht. Für die Steuergeschenke an einige Besserverdienende müssen die Kommunen bluten: nicht nur Schwimmbäder und Bibliotheken werden eingeschränkt oder sogar geschlossen, sondern auch Unterstützungs- und Beratungsangebote, die Frauen den Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit erleichtern oder Hilfe bei häuslicher Gewalt bieten, werden weggespart. Völlig offen ist derzeit auch, wie die Kommunen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 2013 realisieren sollen.

### **Alleinerziehende als Wahlkampfschlager**

Da hilft es auch wenig, dass Bundesarbeitsministerin von der Leyen und NRW-Ministerpräsident Rüttgers nun im Wahlkampf plötzlich ihr Herz für alleinerziehende Frauen entdecken und deren Jobchancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern wollen. Solche Ankündigungen stehen im krassen Widerspruch zum Handeln der NRW-Landesregierung in den letzten Jahren. Konsequenterweise hat Schwarz-Gelb die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Frauen zum Wiedereinstieg ins Berufsleben gestrichen. So wurde zum Beispiel die Förderung der Regionalstellen »Frau und Beruf« komplett eingestellt.

Zusätzlich konterkariert Rüttgers seine Forderung, die Alleinerziehenden stärker zu unterstützen, indem er den Ausbau von frühkindlicher Bildung und eines flächendeckenden Betreuungsangebots bremst. Alleinerziehende brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, die Beruf und Kinder ermöglichen. Statt jedoch Geld in den Kitausbau oder Ganztagschulen zu investieren, setzt die schwarz-gelbe Landesregierung auf Tagesmütter und somit auf eine faktische Privatisierung der Betreuung.

Doch auch auf Bundesebene herrscht frauenpolitische Ignoranz. Alleinerziehende Frauen sind besonders betroffen von den massiven Kürzungen beim Qualifizierungs- und Weiterbildungsbudget der Bundesagentur für Arbeit. Gerade sie sind nach familienbedingten Auszeiten auf die Förderung zur Berufsintegration angewiesen. Das Prinzip des Gender Mainstreamings, das auch in der Präambel der Arbeitsagentur niedergelegt ist, darf nicht zum reinen Lippenbekenntnis verkommen. Doch von den schwarz-gelben Anti-FeministInnen ist hier nichts zu erwarten, und Familienministerin Schröder schweigt konsequent, wenn es um Frauenpolitik geht.

### **Frauenhäuser werden zum Opfer schwarz-gelber Sparpolitik**

Noch drastischer zeigt sich die schwarz-gelbe Kahlschlagspolitik jedoch vor Ort in den Kommunen, die aufgrund der unzureichenden Finanz-

ausstattung kaum noch handlungsfähig sind. Frauenpolitische Strukturen wurden in NRW in den letzten Jahren von Schwarz-Gelb kontinuierlich zerschlagen. Seit Jahren stagniert die finanzielle Unterstützung für Frauenberatungsstellen auf niedrigem, nicht bedarfsdeckendem Niveau. Die Finanzierung von Frauenhäusern wurde um 30 Prozent gekürzt. Die ursprüngliche Ankündigungen seitens der NRW-Landesregierung, den Bereich »Gewalt gegen Frauen und Kinder« zu stärken, geriet damit zur Farce. Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor grausame Realität. Insgesamt 126 Frauenhausplätze wurden in NRW jedoch abgebaut, die Finanzierung der Mädchenhäuser gestrichen, die Landesfachstelle gegen Gewalt nicht weiter finanziert und die Mittel für Präventionsarbeit empfindlich gekürzt.

Wir fordern: Die Frauen- und Mädchenhausfinanzierung muss staatliche Pflichtaufgabe werden und darf Sparzwängen vor Ort nicht länger zum Opfer fallen. Wer am Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt spart, beraubt sie ihrer elementaren Rechte in Gegenwart und Zukunft. GRÜN sieht sich hier ganz klar als Lobby – für Frauen und für die Zukunft gleichermaßen.

### **Grüner Aufbruch für mehr Geschlechtergerechtigkeit**

Mit dem Grünen New Deal wollen wir Grüne nicht nur die Weichen in der Wirtschafts- und Energiepolitik, in der Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik stellen, sondern auch eine Politik für gerechte Chancen, mehr Teilhabe und mehr Geschlechtergerechtigkeit gestalten.

Gerade, wenn es um den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft im Sinne von Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geht, muss Geschlechtergerechtigkeit im Zentrum der Debatte stehen. Nicht nur Erneuerbare Energien sind ein Jobmotor, sondern auch die Care-Ökonomie, das Bildungswesen und der Gesundheitssektor. Hier arbeiten bisher vor allem Frauen zu niedrigen Löhnen. Das muss sich ändern. Wir brauchen daher nicht einfach nur mehr öffentliche Mittel in diesen Bereichen, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen für diese Berufsgruppen und eine höhere gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit.

Der Geschlechtervertrag muss neu verhandelt werden und den veränderten Lebensrealitäten Rechnung tragen. Mehr männliche Ingenieure in die »Erneuerbaren« und mehr Pflegerinnen zu Hungerlöhnen in die Krankenhäuser sind nicht der Deal, den wir meinen. Wenn wir die Wirtschaft nachhaltig, ökologisch und sozial ausgewogen umkrempeln wollen, brauchen wir einen Gesellschaftsvertrag, der schon in der Schule Mädchen und Jungen ein breiteres Berufswahlspektrum eröffnet und gleiche Chancen auf eigenständige Lebensentwürfe bietet.

GRÜN steht für Jobs mit Zukunft, sinnvolle und gute Arbeit, sowie einen Existenz sichernden Lebensunterhalt für Frauen und für Männer, mit dem sie ihr Leben nicht nur bestreiten, sondern auch gestalten können.

Dafür braucht es einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro, der sich auch an den gewerkschaftlichen Forderungen orientiert.

Zudem werben wir weiterhin für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft, denn von Gleichstellung sind wir hier noch meilenweit entfernt. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Privatwirtschaft ist aus unserer Sicht gescheitert.

Um für alle mehr möglich zu machen, braucht es gemischte Teams in Politik und Wirtschaft – auf allen Ebenen. Ein Selbstläufer ist dies jedoch nicht. Deshalb streiten wir im Bund und in NRW gleichermaßen für eine Frauenquote von 50 Prozent in den Aufsichtsräten, um die gläserne Decke endlich zu durchbrechen. Das gilt auch für die Hochschulen. Ihre finanzielle Förderung muss stärker an das Ziel gebunden werden, den Frauenanteil in Führungspositionen und naturwissenschaftlich-technischen Fächern zu erhöhen.

Wir meinen es ernst: Die Hälfte der Macht und der Verantwortung für Frauen! Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag bietet Chancen für alle, die Wachstum nicht ausschließlich monetär definieren und für die Gleichstellung keine Frage ist. Wachstum an Wissen, Wachstum an Geschlechtergerechtigkeit, Wachstum an Menschlichkeit und Wachstum an Verantwortung auch für die Schwachen – das ist ein guter grüner Deal!



*Es diskutierten Ines Kappert, Claudia Roth, Barbara Steffens und Prof. Dr. Swetlana Franken. (v.l.n.r.)*



*Claudia Roth und Astrid Rothe-Beinlich übergeben den »Schlüssel zum Erfolg« an die Grüne Spitzenkandidatin in NRW Sylvia Löhrmann.*

Unterstützen Sie GRÜNE Politik  
mit Ihrer Spende:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Konto Nr. 803 581 5900, BLZ 430 609 67  
Weitere Informationen:  
[www.gruene.de](http://www.gruene.de)  
[www.spenden.gruene.de](http://www.spenden.gruene.de)